



MENSCHEN
RECHTS
BERICHT
PHILIPPINEN

ÜBER DAS AKTIONSBÜNDNIS MENSCHENRECHTE – PHILIPPINEN

Das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (AMP) wirkt durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit auf politische Entscheider/innen und Multiplikator/innen in Deutschland und der EU mit dem Ziel ein, zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation in den Philippinen beizutragen. Trägerorganisationen des Bündnisses sind Amnesty International, Brot für die Welt, das International Peace Observers Network (IPON), MISEREOR, Missio-München, das philippinenbüro e. V. im Asienhaus und die Vereinte Evangelische Mission (VEM). Thematische Schwerpunkte der Arbeit sind extralegale Hinrichtungen, Verschwindenlassen und konstruierte Anklagen gegen politische Aktivist/innen.

Eine indigene
Familie isst bei
Kerzenlicht
zu Abend

IMPRESSUM

© 2017, Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen, Köln

Redaktion: Johannes Icking

Texte: Johannes Icking, Robert Fahrenheit

Lektorat: SocioTrans, Marburg

Gestaltung und Layout: Unikat, Wuppertal

Druck: Die Umweltdruckerei

Fotos: Lilli Breining (S. 2, 4, 6, 7 o.), Jes Aznar (S. 7 u., 18)

Privat (S. 11, 12, 16, 24, 31), Philippine-Misereor Partnership Inc (S. 14)

United Church of Christ in the Philippines (S. 20, 27)

Rolivel Elusfa (S. 22), International Peace Observers Network – IPON (S. 23, 30)

Johannes Icking (S. 21, 28), Solidagro (S. 29)

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT – QUO VADIS PHILIPPINEN?	4
ZUSAMMENFASSUNG – WAS WILL DIESER BERICHT?	6
MANGELHAFT E UMSETZUNG WICHTIGER STAATENEMPFEHLUNGEN AUS DEM UPR 2012	8
ERMORDUNG VON MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER/INNEN UND JOURNALIST/INNEN	10
Ermordung von Landrechtsverteidiger/innen	10
Ermordung von linken Aktivist/innen	10
Ermordung von Journalist/innen	11
Mutmaßliche Täter/innen und Drahtzieher	11
Fall: Ermordung von Romeo Capalla	12
KRIMINALISIERUNG VON MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER/INNEN UND JOURNALIST/INNEN	13
Verleumdungsklagen	13
Fall: Verleumdungsklage gegen Mitarbeiter/innen der Philippine-Misereor Partnership Inc (PMPI)	14
Konstruierte Anklagen	15
Fall: Konstruierte Anklage gegen Amelita Bravante	16
KAMPF GEGEN DIE DROGEN	17
Extralegale Hinrichtungen	17
Wiedereinführung der Todesstrafe	18
Fall: Ermordung von Renato und Jaypee Bertes	18
STRAFLOSIGKEIT	19
Mangelhafte juristische Aufarbeitung schwerer Menschenrechtsverletzungen	19
Unwirksame Menschenrechtsmechanismen	20
Fall: Fehlende Aufarbeitung des Maguindanao Massakers	22
AUFSTANDSBEKÄMPFUNG UND PARAMILITÄRISCHE GRUPPEN	23
Menschenrechtsverletzungen im Kontext von Aufstandsbekämpfung	23
Fall: Ermordung von Fidela Salvador	24
Paramilitärische Gruppen	25
Fall: New Indigenous People's Army Reformv22	27
RECHTE INDIGENER	28
Attacken auf indigene Gemeinschaften im Kontext der Aufstandsbekämpfung	28
Fall: Ermordung von Emerito Samarca, Dionel Campos und Bello Sinzo	29
Menschenrechtsverletzungen an indigenen Bergbauegnern	30
Fall: Ermordung von Juvy Capion und ihrer Kinder Jordan und John	31
EMPFEHLUNGEN AN DIE PHILIPPINISCHE REGIERUNG	32
EMPFEHLUNGEN AN ANDERE INTERNATIONALE AKTEURE	33
LISTE GETÖTETER MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER/INNEN UND JOURNALIST/INNEN	34

QUO VADIS PHILIPPINEN?



Das „Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen“ (AMP) wurde 2007 gegründet, nachdem die Zahl der politischen Morde in den Philippinen während der Amtszeit von Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyos landesweit stark angestiegen war. Betroffen waren davon auch viele Mitarbeitende aus Partnerorganisationen der Mitglieder des Netzwerkes.

Die Arbeit des Aktionsbündnisses ist darauf ausgerichtet, schwere Menschenrechtsverletzungen an Mitgliedern von Kirchen und Nicht-Regierungsorganisationen international bekannt zu machen, und dadurch mit dazu beizutragen, dass die philippinische Regierung wirkungsvolle Maßnahmen ergreift, um politische Morde und andere Formen von Menschenrechtsverletzungen sowie Straflosigkeit zu beenden. Das AMP dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und steht dabei in engem Kontakt mit philippinischen Partnerorganisationen. Auf dieser Basis informiert das AMP die Öffentlichkeit über die Lage in den Philippinen und sucht den konstruktiv-kritischen Dialog mit politischen Entscheidungsträgern und Institutionen der Bundesregierung, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen.

Seit seinem Bestehen verfolgt und begleitet das Netzwerk auch intensiv die Berichterstattung der Philippinen gegenüber dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im Rahmen der Universal Periodic Reviews (UPR), welche zum ersten Mal im Jahr 2008 stattfand. Kurz vor der ersten Überprüfung hatte der damalige Sonderberichterstatter zu extralegalen, summarischen und willkürlichen Hinrichtungen, Philip Alston, die Philippinen besucht und einen aufsehenerregenden Bericht verfasst, in dem die Beteiligung von Militär und Polizei an Menschenrechtsverletzungen zum ersten Mal durch ein Instrument des internationalen Menschenrechtsschutzes explizit benannt wurde. Dieser Bericht wie auch die Stimmen der philippinischen und internationalen Zivilgesellschaft wurden dann auch im ersten UPR 2008 aufgegriffen, als die Zahl politischer Morde ihren Höhepunkt erreicht hatte.

Auf die internationale Kritik reagierte die philippinische Regierung mit einer Anzahl von strukturellen und legislativen Reformen, u.a. durch die Verabschiedung eines Gesetzes gegen Folter oder die Einrichtung von Menschenrechtsbüros bei Militär und Polizei. Zwar ging die Anzahl politischer Morde unter der Präsidentschaft Benigno Aquinos daraufhin zunächst in der Tat zurück. Demgegenüber kam es aber zu neuen Fällen von politisch motivierten Anklagen, sogenannten ‚trumped-up charges‘, durch die politische Aktivisten und Angehörige von zivilgesellschaftlichen Gruppen kriminalisiert wurden und in der Folge für Jahre in Gefängnissen verschwanden.

Auch änderte sich an der fast absoluten Straflosigkeit für schwerste Menschenrechtsverletzungen bis heute wenig. In den letzten Jahrzehnten wurde nur eine Handvoll der Verantwortlichen für tausende politische Morde und Fälle von Verschwindenlassen vor Gericht gestellt und bestraft.

Am Ende der zweiten Berichtsperiode 2012 waren daher zwar einige wenige Fortschritte, aber vor allem viel Stillstand und sogar Rückschritte zu verzeichnen. Dies gilt im Wesentlichen auch für die Folgejahre bis heute, kurz vor dem dritten UPR. Die Zahl politischer Morde ist dabei ähnlich hoch wie 2012. Für das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen und seine Partner ist es sehr enttäuschend, dass die bisherigen Ansätze politischer Reformen so gut wie keine nachhaltige Wirkung entfaltet haben.

Denn es zeigt sich, dass Menschenrechtsverletzungen in tieferliegenden strukturellen Defiziten in Polizei, Militär und Justiz sowie staatlichem Versagen begründet sind und dabei wirtschaftliche Interessenkonflikte ursächlich mit schweren Menschenrechtsverletzungen zusammenhängen.

Mit Beginn der Amtszeit des neuen Präsidenten Rodrigo Duterte im Juni 2016 und dessen Aufruf, gewaltsam gegen Drogenhändler und Konsumenten vorzugehen, kam es in wenigen Wochen zu mehreren tausend außergerichtlichen Morden an vermeintlichen Kriminellen. Grundlegende rechtsstaatliche Standards wie die Unschuldsvermutung und das Recht auf einen Prozess wurden damit de facto außer Kraft gesetzt. Gleichzeitig äußerte sich Duterte mehrfach abwertend über internationale und von den Philippinen anerkannte menschenrechtliche Standards und rechtsstaatliche Prozesse und drohte mit einem Austritt der Philippinen aus den Vereinten Nationen.

Diese besorgniserregende Situation macht deutlich, wie schwierig, aber auch nach vor wichtig die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und der Dialog über Maßnahmen zum Schutz der bürgerlich-politischen, wie auch der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Menschen in den Philippinen sind.

Anlässlich dieses dritten UPRs der Philippinen durch den UN-Menschenrechtsrat wird in der vorliegenden Publikation deshalb ein Rückblick auf die Entwicklung der Menschenrechtssituation in den letzten vier Jahren geworfen. Dabei wird deutlich, dass wichtige Empfehlungen, die 2012 an die Philippinen gerichtet wurden, nur mangelhaft oder auch gar nicht umgesetzt wurden.

Für den Trägerkreis des Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen:

Jochen Motte
Vereinte Evangelische Mission

Elmar Noé
MISEREOR

ZUSAMMENFASSUNG



Indigene hören sich die Wahlkampfrede ihres Dorfvorstehers an

Mit Blick auf das dritte Universelle Periodische Überprüfungsverfahren (Universal Periodic Review – UPR) der Philippinen durch den UN Menschenrechtsrat im Mai 2017 liefert dieser Bericht eine Bestandsaufnahme der aktuellen Menschenrechtssituation im Land. Ausgangspunkt dafür sind wichtige Empfehlungen, die den Philippinen im Zuge des letzten UPR Verfahrens im Jahr 2012 von anderen Staaten gemacht wurden. Dabei lässt sich konstatieren, dass seitdem kaum Fortschritte gemacht wurden und sich die Situation in einigen Bereichen sogar massiv verschlechterte.

So wurden zwischen Mai 2012 und September 2016 mindestens 147 Menschenrechtsverteidiger/innen und 23 Journalist/innen ermordet. Damit sind die Philippinen für diese Gruppen nach wie vor eines der gefährlichsten Länder der Welt. Besonders bedroht sind Landrechtsverteidiger/innen, die sich z.B. für die Umverteilung von Agrarland einsetzen oder gegen Bergbauprojekte kämpfen, die in den Philippinen oft mit massiven Umweltverschmutzungen einhergehen. Weil solche Projekte besonders oft die Ahnengebiete von Indigenen bedrohen, finden sich unter den Ermordeten besonders viele Angehörige der über 100 indigenen Bevölkerungsgruppen.

Weiterhin werden auch die Mitglieder von Gruppen, die das Militär für Tarnorganisationen der kommunistischen Rebellen der New People's Army (NPA) erklärt, besonders häufig Opfer von Morden. In einer Mehrheit der Fälle werden Mitglieder staatlicher Sicherheitskräfte und mit diesen kooperierende paramilitärische Verbände für die Morde verantwortlich gemacht.

Wenig internationale Aufmerksamkeit erfuhr bisher die systematische Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger/innen und Journalist/innen in den Philippinen. Als Reaktion auf kritische Berichterstattung werden sie häufig der Verleumdung angeklagt, eines Verbrechens, das mit langen Haftstrafen geahndet wird. Noch weiter verschlechtert hat sich die Situation durch die Verabschiedung des Cybercrime Prevention Act von 2012, der bis zu 12 Jahre Haft für online verbreitete „verunglimpfende“ Aussagen vorsieht. Hinzu kommen konstruierte Anklagen mithilfe gefälschter Beweise, die vor allem vom Militär gegen Menschenrechtsverteidiger/innen angestrengt werden. Die Anklagen führen dazu, dass unschuldige Aktivist/innen zum Teil jahrelang in Untersuchungshaft verbleiben.

Mit der Wahl von Rodrigo Duterte zum Präsidenten der Philippinen im Mai 2016 nahm die Zahl der Tötungen mutmaßlicher Drogenhändler/innen- und -abhängiger schlagartig massiv zu. Für die ersten sechs Monate nach der Wahl wurden 5.800 solcher Tötungen dokumentiert. Duterte hatte im Wahlkampf immer wieder gegen Menschenrechte polemisiert und angekündigt, bei der Verbrechensbekämpfung auf extralegale Hinrichtungen zurückgreifen zu wollen. Während seiner 22-jährigen Amtszeit als Bürgermeister von Davao City hatte das sogenannte Davao Death Squad nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen mehr als 1.400 Kleinkriminelle und Straßenkinder ermordet.

Schwere Menschenrechtsverletzungen bleiben in den Philippinen auch weiterhin fast immer unbestraft. Laut Angaben der philippinischen Regierung kam es in den letzten Jahren nur in acht Fällen extralegaler Hinrichtungen und in zwölf Fällen von Journalistenmorden zu Verurteilungen von Tätern. Dem stehen Tausende strafflos gebliebener Fälle von schwersten Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Verschwindenlassen und extralegalen Hinrichtungen aus den letzten Jahrzehnten gegenüber. Die Strafflosigkeit liegt in einem dysfunktionalen Justizsystem und einem fehlenden politischen Willen begründet, insbesondere die Täter/innen aus den Reihen der staatlichen Sicherheitskräfte zur Verantwortung zu ziehen. Zahlreiche begrüßenswerte Reforminitiativen der letzten Jahre sind hingegen bislang wirkungslos geblieben.

Viele schwere Menschenrechtsverletzungen ereignen sich in den Philippinen im Kontext der langanhaltenden innerstaatlichen Konflikte mit der kommunistischen New People's Army (NPA) und den verschiedenen bewaffneten Gruppen der muslimischen Unabhängigkeitsbewegung im Süden der Philippinen. Berichtet wird von gewaltsamen Vertreibungen der Zivilbevölkerung, von Folter und von extralegalen Hinrichtungen. Besonders häufig werden die Mitglieder der Reservistenverbände, so genannte CAFGUs, und irreguläre paramilitärische Einheiten für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht.



Zudem häuften sich Berichte über Menschenrechtsverletzungen, die an Mitgliedern der indigenen Gemeinschaften der Philippinen und insbesondere an den Lumads auf der Insel Mindanao im Süden der Philippinen begangen wurden. Indigene Lumads geraten dabei vor allem zwischen die Fronten des innerstaatlichen Konflikts zwischen philippinischer Regierung und dem Aufstand der kommunistischen New People's Army (NPA). Unabhängige Indigenenschulen werden systematisch von Militär und Paramilitärs verdächtigt, als Ausbildungslager der NPA zu dienen, und aus diesem Grund angegriffen. Bergbauvorhaben und Großplantagen auf indigenen Gebieten sind ein weiterer Grund für Vertreibung. Paramilitärische Gruppen können hier ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen unter dem Deckmantel der Aufstandsbekämpfung ungestört durchsetzen.



oben:
Traditionelle Fischerboote der Indigenen auf Samal Island

links:
Präsident Rodrigo Duterte

STAATENEMPFEHLUNGEN AUS DEN UPR 2012

UND DEREN (MANGELHAFT) UMSETZUNG

Menschenrechtsverteidiger/innen und Journalist/innen

Effektiven Schutz von Journalist/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen garantieren
Frankreich

Mindestens 147 Menschenrechtsverteidiger/innen und 23 Journalist/innen wurden zwischen Mai 2012 und September 2016 ermordet. Beide Gruppen sind massiv von Kriminalisierung betroffen.

Extralegale Hinrichtungen

Extralegale Hinrichtungen beenden
Südkorea, Singapur, Heiliger Stuhl, Spanien

Nach der Wahl Rodrigo Duterte zum Präsidenten im Jahr 2016 kommt es zu tausenden extralegalen Hinrichtungen von mutmaßlichen Drogenhändlern- und abhängigen. Hinzu kommen mindestens 170 Morde an Menschenrechtsverteidiger/innen und Journalist/innen seit 2012.

Straflosigkeit

Straflosigkeit für extralegale Hinrichtungen, Verschwindenlassen und Folter beenden
Deutschland, Vereinigte Staaten, Schweden, Timor-Leste, Trinidad und Tobago

Straflosigkeit bleibt weiterhin fast absolut. In tausenden Fällen schwerer Menschenrechtsverletzungen wurden nur 20 Täter verurteilt.

Umfassende Reform des Justizsektors zur Bekämpfung der Straflosigkeit
Spanien, Südkorea, Niederlande

In den meisten Fällen wird gegen Täter/innen keine Anklage erhoben. Kommt es zum Verfahren, dauern diese meist jahrelang. Der Zeugenschutz ist weiterhin mangelhaft.

Ratifizierung der UN-Konvention gegen das Verschwindenlassen
Argentinien, Belgien, Brasilien, Chile, Frankreich, Japan, Irak, Spanien

Die Konvention wurde nicht ratifiziert. Ein nationales Gesetz gegen das Verschwindenlassen wurde erlassen, das aber nicht konsequent umgesetzt wird.

Ausreichende Ausstattung für die nationale Menschenrechtskommission der Philippinen
Ägypten, Australien, Russland

Der Commission on Human Rights fehlen die finanziellen Ressourcen, um ihr Mandat zu erfüllen. Ihre politische Unabhängigkeit ist nicht garantiert.

Einladung für UN-Sonderberichterstatter
Großbritannien, Lettland, Madagaskar, Mexiko, Norwegen, Österreich, Portugal, Slowenien, Uruguay

Seit 2012 haben nur drei Besuche von Sonderberichterstatter/innen stattgefunden. 16 Mandate versuchen zum Teil seit Jahren eine Einladung zu erhalten.

Aufstandsbekämpfung und paramilitärische Gruppen

Umsetzung aller Verpflichtungen in nationales Recht, die sich aus der Ratifizierung des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs ergeben
Belgien, Lettland, Lichtenstein, Schweiz, Slowakei, Slowenien

Ein eigenständiges Gesetz zur Umsetzung des Statuts in nationales Recht wurde nicht erlassen. Weiterhin finden schwerste Verletzungen gegen das humanitäre Kriegsvölkerrecht statt.

Auflösung aller Privatarmeen
Chile

Über 100 Privatarmeen und paramilitärische Verbände operieren weiterhin und werden für schwerste Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht.

Abschaffung der Exekutivorder 546, die die Schaffung paramilitärischer Einheiten im Rahmen der Aufstandsbekämpfung legitimiert
Niederlande, Spanien

Exekutivorder 546 wurde nicht abgeschafft. Das Militär rekrutiert weiterhin paramilitärische Verbände.

Rechte Indigener

Vollständige Implementierung des Indigenous People's Rights Act; Es soll sichergestellt werden, dass Bergbauprojekte nicht die Rechte von Indigenen verletzen
Mexiko

Indigene Gemeinschaften sind weiterhin besonders von Umweltzerstörungen und Vertreibung durch Bergbauprojekte bedroht. Das Erfordernis, die freie und informierte Zustimmung indigener Gemeinschaften für Bergbauprojekte auf ihrem Land einzuholen, wird häufig verletzt. Seit Mai 2012 wurden mindestens 26 indigene Bergbaueegner ermordet.

Der gleiche Zugang zu sozialen Diensten und staatlichen Gesundheits- und Bildungseinrichtungen für Minderheiten und Indigene soll sichergestellt werden
Thailand

Zunehmende Anzahl von Attacken auf unabhängige, indigene Schulen durch Militär und Paramilitärs verletzen das Recht auf Bildung.

Aufstellung auf Basis der Staatenempfehlungen aus dem UPR der Philippinen vor dem UN- Menschenrechtsrat im Jahr 2012, Report of the Working Group on the Universal Periodic Review, Philippines, 9. Juli 2012, A/HRC/21/12

ERMORDUNG

VON MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER/INNEN UND JOURNALIST/INNEN

Die Philippinen sind immer noch eines der Länder mit den weltweit meisten Morden an Menschenrechtsverteidiger/innen. In den Rankings zu getöteten Umwelt- und Landrechtsaktivist/innen und Journalist/innen nimmt das Land immer wieder traurige Spitzenplätze ein.¹ Zwar haben die Philippinen während des letzten UPR im Jahr 2012 zugesagt, alle notwendigen Maßnahmen für deren Schutz zu ergreifen,² dennoch wurden zwischen Mai 2012 und September 2016 mindestens 147 Menschenrechtsverteidiger/innen getötet. Im selben Zeitraum verloren 35 Journalist/innen gewaltsam ihr Leben, wobei in 23 Fällen eine Verbindung zu ihrer journalistischen Tätigkeit vermutet wird.³ Diese Opferzahlen liegen deutlich unter denen der Jahre 2006/7, als unter dem Vorwand der Aufstandsbekämpfung vor allem linke Aktivist/innen systematisch von Militär und Polizei ermordet worden waren. Seit dem letzten UPR 2012 hat sich aber keine wesentliche Verbesserung eingestellt. Von einer effektiven Umsetzung weiterer Schutzmaßnahmen für Journalist/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen kann daher nicht die Rede sein.

ERMORDUNG VON LANDRECHTS- VERTEIDIGER/INNEN

Die Mehrzahl der ermordeten Menschenrechtsverteidiger/innen fällt Konflikten um Land zum Opfer, das in den dichtbesiedelten Philippinen eine begrenzte Ressource ist. Mehr als die Hälfte der Todesfälle (83) seit 2012 lässt sich auf solche Landrechtskonflikte zurückzuführen. Ein Erbe der spanischen Kolonialzeit ist die extrem ungleiche Verteilung von Agrarland. Weiterhin ist ein Großteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Besitz einiger weniger Großgrundbesitzer/innen. Landlose Kleinbauern und -bäuerinnen bewirtschaften das Land, müssen aber große Teile der Ernte an den Grundherren abführen, sodass vielen nur das Nötigste zum Überleben bleibt. Auf ihren Plantagen und Haciendas üben die Großgrundbesitzer/innen oft de facto ein Gewaltmonopol aus. Auch besetzen sie und ihre Familien Ämter in der lokalen und nationalen Politik, der Verwaltung und Polizei. Das 1988 eingeführte Landreformprogramm CARP (Comprehensive Agrarian Reform Program), das mehrfach verlängert wurde, sieht eigentlich eine Verteilung aller Flächen

über fünf Hektar zugunsten der Landlosen vor. Doch Bauernorganisationen, die auf eine Verbesserung der Situation und insbesondere auf eine Umverteilung von Land drängen, sehen sich Drohungen, Repressionen und Gewalt ausgesetzt.

So wurde beispielsweise Menelao „Boy“ Barcia am Abend des 2. Mai 2014 auf dem Heimweg von zwei Motorrädern überholt und durch die Scheiben seines Autos erschossen. Als Anführer der Bauernrechtsgruppe Aniban hatte er zuvor in Hacienda Dolores den Widerstand der Kleinbauern und -bäuerinnen gegen die Immobiliengesellschaft LLL Holdings Inc. (LLHI) organisiert. Diese will 1,125 Hektar Agrarland in Gewerbegebiete und exklusive Wohnsiedlungen umwandeln.⁴

Indigene Menschenrechtsverteidiger/innen, die ihre Stammesgebiete vor Landraub schützen wollen, werden ebenfalls häufig Opfer von Gewalt. So waren 57 der getöteten Aktivist/innen Indigene. Beispielhaft ist hier der Tod von Gilbert Paborada, einem Angehörigen des Volks der Higaonon auf Mindanao. Als Vorsitzender der Organisation Pangalasag hatte Paborada den Widerstand gegen eine Palmölplantage angeführt, die auf Stammesgebiete expandieren wollte. Sicherheitsleute der Plantage hatten ihn daraufhin mehrfach bedroht, bis er am 3. Oktober 2012 von zwei unbekanntem Attentätern am helllichten Tage erschossen wurde.⁵

ERMORDUNG VON LINKEN AKTIVIST/INNEN

Besonders gefährdet sind nach wie vor Menschenrechtsverteidiger/innen, die für Organisationen tätig sind, denen das Militär eine Verbindung zum kommunistischen Aufstand unterstellt. Die gezielte Ermordung linker Aktivist/innen durch das Militär erreichte ihren Höhepunkt, nachdem die damalige Präsidentin Arroyo 2006 einen „totalen Krieg“ gegen die kommunistischen Rebellen der New People's Army (NPA) ausrief. In dieser Zeit erstellte das Militär Ziellisten (sog. „order of battle“) von linken Aktivist/innen, eine Praktik, die der damalige UN-Sonderberichterstatter für extralegale Hinrichtungen Philip Alston während seines Besuches im Jahre 2007 als Hauptursache für



„Doc“ Gerry Ortega

politische Morde scharf kritisierte.⁶ Obwohl diese Form der systematischen Verfolgung linker Gruppierungen durch das Militär abgenommen hat, ist es nach wie vor üblich, die Tötung von Menschenrechtsverteidiger/innen mit einer angeblichen Verbindung zur NPA zu rechtfertigen. So wurde zum Beispiel William Bugatti, ein Mitglied der Menschenrechtsorganisation Karapatan, am 25. März 2014 von unbekanntem Attentätern in der Provinz Ifugao erschossen. Vor seiner Ermordung hatte er wiederholt Morddrohungen erhalten und wurde von der 5. Infanteriedivision der philippinischen Armee auf einer Zielliste als „UTAK NG NPA“ (Gehirn der NPA) geführt.⁷

ERMORDUNG VON JOURNALIST/INNEN

Unter den getöteten Journalist/innen finden sich viele, die zuvor über Kriminalität berichtet hatten. Mario Sy wurde beispielsweise am 1. August 2013 vor den Augen seiner Frau und Tochter erschossen, nachdem er zuvor eine Fotoreportage zu illegalem Drogenhandel in General Santos veröffentlicht hatte.⁸ In 16 der 23 Fälle, in denen Journalist/innen seit 2012 aufgrund ihrer Arbeit getötet wurden, waren die Opfer vor ihrem Tod als Radiomoderator/innen tätig. Das liegt auch an der in den Philippinen einzigartigen Praktik des sogenannten „blocktimings“. Dabei verkaufen Radiosender Blöcke von Sendezeit an freiberufliche Radiomoderator/innen. Um ihre Ausgaben wieder einzuspielen, dienen sich diese oft als bezahlte Sprachrohre für Lokalpolitiker/innen an, in deren Auftrag sie dann politische Rivalen diffamieren. Sie werden somit in die Konflikte zwischen lokalen politischen Eliten hineingezogen, die oft auch vor der Anwendung von Gewalt nicht zurückschrecken.⁹ Andere Radiomoderator/innen nutzen ihre Reichweite aber, um auf Umweltverschmutzungen, Korruption oder Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen. Der prominenteste Fall ist „Doc“ Gerry Ortega, der am 24. Januar 2011 in Palawan ermordet wurde, nachdem er zuvor den regierenden Gouverneur der Insel, Joel Reyes, der Korruption bezichtigt hatte. Reyes und sein Bruder Mario, der ehemalige Bürgermeister von Coron auf der Insel Palawan stehen seit September 2015 für den Mord an Ortega vor Gericht.¹⁰

MUTMASSLICHE TÄTER/INNEN UND DRAHTZIEHER/INNEN

In den meisten Fällen werden solche Tötungen von Menschenrechtsverteidiger/innen und Journalist/innen von der Justiz allenfalls oberflächlich untersucht. Die Attentäter/innen werden nur selten verhaftet und noch seltener verurteilt, sodass eine stichhaltige, lückenlose Aufarbeitung ihrer Hintergründe und Motive quasi unmöglich ist (siehe Kapitel Strafflosigkeit). Erschwerend kommt hinzu, dass viele Übergriffe von Auftragskillern verübt werden, während die Drahtzieher/innen unbekannt bleiben. Anhand von Augenzeugenberichten und den Aussagen von Hinterbliebenen kann dennoch in 91 der 143 dokumentierten Fälle auf die mutmaßlichen Täter/innen geschlossen werden. In mehr als der Hälfte dieser Fälle (61) werden Mitglieder staatlicher Sicherheitskräfte für die Tötungen verantwortlich gemacht, darunter 31, die dem philippinischen Militär direkt zugeschrieben werden. In weiteren 12 Fällen wurden die Opfer vor ihrem Tod von staatlichen Sicherheitskräften observiert, bedroht oder als Kommunisten gebrandmarkt. Von den übrigen Fällen können 13 mit privaten Sicherheitsunternehmen und Wachleuten in Verbindung gebracht werden.

1 Global Witness, 'On Dangerous Ground. 2015's Deadly Environment: The Killing and Criminalization of Land and Environmental Defenders Worldwide', Juni 2016, www.globalwitness.org/en/reports/dangerous-ground/

2 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review, Philippines, 9. Juli 2012, A/HRC/21/12, para 129.35 (Frankreich)

3 Center for Media Freedom and Responsibility, 'Database on the Killing of Journalists in the Philippines since 1986', cmfr-phil.org/mediakillings/

4 Medical Action Group, 'Justice for Ka Melon Barcia!', 7. Mai 2014, magph.org/news/166-justice-for-ka-melon-barcia

5 International Federation for Human Rights, 'The Philippines: Assassination of Mr Gilbert Paborada', 12. Oktober 2012, www.fidh.org/en/region/asia/philippines/The-Philippines-assassination-of-12287

6 Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions, Philip Alston, Mission to Philippines, 16. April 2008, A/HRC/8/3/Add.2, para 17

7 Interaksyon, 'Rights worker in military 'target' list slain in Cordillera – Karapatan', 25. März 2014, interaksyon.com/article/83475/rights-worker-in-military-target-list-slain-in-cordillera---karapatan

8 Committee to Protect Journalists, 'Mario Sy', cpj.org/killed/2013/mario-sy.php

9 Center for Media Freedom and Responsibility, 'Blocktime Practice in the Philippines', cmfr-phil.org/blocktime-practice-in-the-philippines/

10 Rappler.com, 'Reyes brothers arrested in Thailand – DOJ', 21. September 2015, www.rappler.com/nation/106596-reyes-brothers-arrested-thailand

ERMORDUNG ROMEO CAPALLA



Romeo Capalla war in den 1980er Jahren im Widerstand gegen den damaligen Diktator Ferdinand Marcos aktiv und wurde als politischer Gefangener inhaftiert. Nach dem Ende der Diktatur gründete er deshalb die Organisation SELDA, die sich für die Freilassung politischer Gefangener im Land einsetzt. Später wurde Capalla Vorsitzender des Panay Fair Trade Centers (PFTC), das Fairtrade-Produkte u. a. nach Deutschland und Italien exportiert. Das PFTC arbeitet eng mit lokalen Bauern und Bäuerinnen zusammen, berät diese bei technischen Fragen zu Anbau und Verarbeitung ihrer Erzeugnisse und gibt die höheren Erlöse für ihre Produkte an sie weiter.

Wegen dieses Engagements verdächtigt das Militär das PFTC, dem kommunistischen Aufstand anzugehören. Seit Jahren sehen sich die Mitarbeiter/innen deswegen Repressionen ausgesetzt. So wurde Capalla selbst schon 2005 Opfer einer konstruierten Anklage wegen Brandstiftung und verbrachte zwei Monate im Gefängnis. Die gegenwärtige PFTC-Präsidentin Ruth Salditos wurde in der Vergangenheit vom Militär als Terroristin denunziert und ist aufgrund gefälschter Beweise des versuchten Mordes angeklagt.

Am 15. März 2014 wird Romeo Capalla schließlich vor den Augen seiner 90-jährigen Schwiegermutter auf dem Marktplatz von Oton, Iloilo auf der Insel Panay, von nicht identifizierten Bewaffneten durch mehrere Schüsse ermordet. Wenige Stunden später verüben Unbekannte einen Brandanschlag auf die Zuckerrohrmühle einer PFTC-Partnerorganisation in der Region. Am 28. Mai wird mit Dionisio Garete ein weiteres Mitglied des PFTC ermordet.

Als Täter vermutet werden Mitglieder der paramilitärischen Gruppe Revolutionary Proletarian Army – Alex Boncayao Brigade (RPA-ABB). Diese unterzeichnete 2001 ein Friedensabkommen mit der Regierung, welches allerdings vorsah, dass sie ihre Waffen behalten durften. Seither operieren sie, toleriert von den staatlichen Sicherheitsorganen, auf den Inseln Panay und Negros als Söldner und Auftragsmörder für lokale Politiker/innen und Großgrundbesitzer/innen. Im Januar 2014 erhielt Dionisio Garete von Mitgliedern der RPA-ABB die Warnung, sich nicht mehr im PFTC zu engagieren.

Wenige Tage nach dem Attentat auf Capalla identifiziert die Polizei anhand von Augenzeugenberichten Julie Cabino, ein Mitglied der RPA-ABB, als Hauptverdächtigen. Dieser wird in den Folgemonaten allerdings nicht verhaftet. Im August 2014 stellt die örtliche Staatsanwaltschaft das Verfahren schließlich ganz ein, angeblich, weil die Zeugenaussagen nicht glaubwürdig genug seien. Eine unabhängige Untersuchung durch lokale und internationale Fair Trade Organisationen ergibt indes, dass nach Ausstellung des Haftbefehls gegen Cabino keine weiteren Ermittlungen mehr stattfanden.

KRIMINALISIERUNG

VON MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER/INNEN UND JOURNALIST/INNEN

Im Gegensatz zum Problem politischer Morde erfährt die systematische Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger/innen weder international noch im Land selbst ausreichend Aufmerksamkeit. Viele philippinische Menschenrechtsorganisationen gehen davon aus, dass die Zahl der Kriminalisierungsfälle zugenommen hat. Sicherheitskräfte, Politiker/innen und private Akteure wie Bergbaufirmen nutzen und missbrauchen gezielt das Justizsystem, um all jene mundtot zu machen, die sich ihren Interessen widersetzen. Zu diesem Zweck wird gegen Menschenrechtsverteidiger/innen in erster Linie das Strafrecht und seltener das Zivil- oder Verwaltungsrecht eingesetzt.

Anders als in manchen anderen Ländern existiert in den Philippinen kein spezifisches NGO-Gesetz, das die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen behindern soll. In erster Linie sind es deswegen die Mitarbeiter/innen und Mitglieder von NGOs, die von Klagen betroffen sind. In vielen Fällen geht es den Urheber/innen der Klagen gar nicht unbedingt darum, eine Verurteilung zu erwirken. Vielmehr machen sie es sich zu Nutze, dass sich Rechtsprozesse im dysfunktionalen und überlasteten Justizsystem der Philippinen meist jahrelang hinziehen. In dieser Zeit müssen die Angeklagten viel Zeit und Geld für ihre Verteidigung aufwenden, die dann ihrer eigentlichen Arbeit fehlen.

¹¹ Republican Act No. 3815, An Act Revising the Penal Code and Other Penal Laws, 8. Dezember 1930, Artikel 354

¹² Human Rights Committee, Communication No. 1815/2008, 'Adonis vs. The Philippines', 27. Januar 2011, CCPR/C/103/D/1815/2008

¹³ Republican Act No. 10175, An Act Defining Cybercrime, Providing for the Prevention, Investigation, Suppression and the Imposition of Penalties Therefor and for Other Purposes, 12. September 2012

VERLEUMDUNGSKLAGEN

Sowohl Menschenrechtsverteidiger/innen als auch Journalist/innen sehen sich häufig mit Verleumdungsklagen konfrontiert, wenn sie Amtsinhaber/innen, Wirtschaftsunternehmen oder andere öffentliche Personen kritisieren. Verleumdung ist in den Philippinen eine Straftat, die mit bis zu vier Jahren Gefängnis bestraft werden kann. Besonders problematisch ist dabei, dass nach der Definition des philippinischen Strafbuchschon „jede diffamierende Unterstellung als ehrverletzend betrachtet werden muss, selbst wenn sie wahr ist.“¹¹ Damit kommt es nicht nur zu einer Beweislastumkehr, bei der der/die Angeklagte darlegen muss, dass die Aussage nicht ehrverletzend war, sondern auch wahre Tatsachenbehauptungen können als Verleumdung gelten. Menschenrechtsverteidiger/innen und Journalist/innen können also dafür bestraft werden, auf tatsächlich stattgefundene Rechtsverletzungen hinzuweisen. Der UN-Menschenrechtsausschuss hat bereits in einem Fall entschieden, dass die Kriminalisierung von Verleumdung in den Philippinen unvereinbar mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung nach Artikel 9(1) ICCPR sei.¹²

Trotz dieser Entscheidung des Menschenrechtsausschusses erließ der philippinische Kongress 2012 den Cybercrime Prevention Act, der für verleumderische Aussagen im Internet Freiheitsstrafen von bis zu 12 Jahren vorsieht.¹³ Die Tatsache, dass viele NGOs und die meisten Zeitungen ihre Stellungnahmen und Artikel online verbreiten, macht Menschenrechtsverteidiger/innen und Journalist/innen besonders anfällig für Anklagen unter diesem Gesetz.

VERLEUMDUNGSKLAGE GEGEN MITARBEITENDE DER PHILIPPINE-MISEREOR PARTNERSHIP INC (PMPI)



Im Juni 2016 werden vier Mitarbeiter/innen der Philippine-Misereor Partnership Inc. (PMPI) gemäß dem Cybercrime Prevention Act von 2012 der Verleumdung angeklagt. Die Klage wurde von der Hinatuan Mining Corporation (HMC) eingereicht, die ein umstrittenes Bergbauprojekt auf Manicani Island, Eastern Samar verfolgt, gegen das sich das PMPI einsetzt.

Das PMPI ist ein Netzwerk von rund 250 Nichtregierungs- und Basisorganisationen aus den ganzen Philippinen und MISEREOR, dem Entwicklungs- und Hilfswerk der Katholischen Kirche in Deutschland. Es engagiert sich für nachhaltige Entwicklung und sozialen Wandel und fördert den Austausch von Fachkompetenzen und Erfahrungen unter den Mitgliedsorganisationen bei der Bewältigung gemeinsamer entwicklungspolitischer Themen und Anliegen. Im Rahmen seiner Anti-Bergbaukampagne unterstützt das PMPI u.a. die lokale Initiative Save Manicani Movement (SAMAMO), welche sich gegen die Wiederaufnahme eines großen Bergbauprojekts auf der Insel Manicani einsetzt, das verheerende Auswirkungen auf die Umwelt und die Lebensbedingungen der Bevölkerung haben würde. Der Konzern HMC, ein

Tochterunternehmen von Nickel Asia, begann 1992 mit dem Abbau von Nickel auf der Insel, beendete diesen aber nach ein paar Jahren wegen sinkender Rohstoffpreise. SAMAMO befürchtet, dass der Konzern seine Bergbauarbeiten trotz eines Verbots seitens der Lokalregierung wiederaufnehmen könnte.

HMC beschuldigt das PMPI wegen eines auf seiner Internetseite dokumentierten Vorfalls der verleumderischen Aussage. Am 20. Juni 2015 hatte ein Schiff des Konzerns drei Fischerboote zerstört, die es an der Einfahrt in den Hafen von Manicani Island hindern wollten. Dabei wurden zwei Fischer verletzt. Zuvor hatte SAMAMO Hinweise erhalten, dass das Schiff schwere Baugeräte geladen habe, die für die Wiederaufnahme des Bergbauvorhabens gedacht seien.

Das PMPI veröffentlichte verschiedene Erklärungen, in denen es den Vorfall verurteilte. Am 1. September 2015 reichte der HMC-Angestellte Arnilo Milaor eine Anzeige beim Staatsanwalt von Taguig City ein, in der das PMPI beschuldigt wird, verleumderische Aussagen über die HMC zu verbreiten. Vier Mitarbeiter/innen des PMPI werden namentlich als beklagte Personen erwähnt: Yolanda Esguerra, PMPI-Nationalkoordinatorin, und deren Stellvertreterin Candy Hidalgo sowie die beiden Mitarbeiter der Anti-Bergbaukampagne Edel Garingan und Victor Morillo. Das PMPI hingegen bekräftigt weiterhin, dass es den Vorfall wahrheitsgetreu beschrieben habe und seine Aussage daher keine Verleumdung darstellen könne. Obwohl das PMPI im Vorfeld Beweise präsentierte, die seine Version der Ereignisse stützen, eröffnet der zuständige Staatsanwalt Anklage gegen die vier Beschuldigten.¹⁴

KONSTRUIERTE ANKLAGEN

Eine besonders heimtückische Form der Kriminalisierung stellen konstruierte Anklagen dar, bei denen das Opfer mithilfe gefälschter Beweise eines Verbrechens beschuldigt wird, das es nicht begangen hat. Diese Art der Klagen werden besonders häufig von Angehörigen des Militärs mit dem Ziel angestrengt, Menschenrechtsverteidiger/innen zu diffamieren und sie für die Zeit des Prozesses in Untersuchungshaft zu bringen. Oft geht konstruierten Anklagen eine Schmä- und Einschüchterungskampagne gegen das Opfer voraus, während der es öffentlich beschuldigt wird, Mitglied der kommunistischen New People's Army (NPA) zu sein. Zudem werden die Opfer oft überwacht und erhalten Drohungen, die manchmal auch gegen Familienmitglieder gerichtet sind. Die öffentliche Denunzierung dient dazu, den Druck auf den/die Menschenrechtsverteidiger/in zu erhöhen. Andererseits soll aber auch in der Bevölkerung die soziale Akzeptanz von Repressionen gegen die Opfer erhöht werden.

Das Opfer wird in der Regel beschuldigt, als Mitglied der NPA an bewaffneten Auseinandersetzungen teilgenommen zu haben. In diesem Zusammenhang wird es dann Verbrechen wie Mord, Brandstiftung oder illegalem Waffenbesitz angeklagt, für die nach philippinischem Recht nur in Ausnahmefällen Kaution gewährt werden kann. In der Folge verbleiben viele Angeklagte in Untersuchungshaft, bis sie freigesprochen werden. Die Drahtzieher/innen müssen also keine rechtskräftige Verurteilung erwirken, um das Opfer ins Gefängnis zu bringen, denn in vielen Fällen ziehen Prozesse sich wegen der Überlastung der Gerichte und des dysfunktionalen Justizsystems über mehrere Jahre hin. Zudem werden die Verfahren gezielt sabotiert, z.B. indem angebliche Belastungszeug/innen nicht vor Gericht erscheinen.

Konstruierte Anklagen basieren meist allein auf den Zeugenaussagen angeblicher ehemaliger Rebellen, die behaupten, das Opfer als Mitglied der NPA identifizieren zu können. In einigen Fällen verstrickten sich diese Zeugen vor Gericht aber in so viele Widersprüche, dass sie zugeben mussten, vom Militär instruiert worden zu sein, falsche Aussagen zu tätigen. Philippinische Menschenrechtsorganisationen gehen deshalb davon aus, dass diese Personen vom Militär für ihre Falschaussagen bezahlt werden.

Selbst in Fällen, in denen die Anschuldigung offensichtlich konstruiert ist, erheben Staatsanwälte/innen Anklage, die dann von Richter/innen zugelassen wird. Es gibt Berichte, dass das Militär offen Druck auf Staatsanwälte/innen und Richter/innen ausübt. Dabei werden gezielt Informationen über ihre finanzielle und persönliche Lebenssituation gesammelt und es wird versucht, sie entweder zu bestechen oder ihre Kooperation durch Drohungen zu erzwingen. Auch nehmen Angehörige des Militärs manchmal offen erkennbar an allen Prozessterminen teil und geben zum Teil noch im Gerichtssaal Anweisungen an die Staatsanwälte/innen weiter. Der philippinische Staat verletzt somit seine Pflicht, die Unabhängigkeit der Justiz zu garantieren.¹⁵

¹⁴ Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen, 'Libel Case against Staff Members of the Philippine Misereor Partnership', 8. März 2016, amp.ngo/index.php/en/news-reader/statement-on-the-libel-case-against-staff-members-of-the-philippine-misereor-partnership/

¹⁵ Diese erwächst aus Artikel 14(1) des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), der das Recht garantiert, dass strafrechtliche Anklagen durch ein unabhängiges und unparteiisches Gericht verhandelt werden.

KONSTRUIERTE ANKLAGE GEGEN AMELITA BRAVANTE



Amelita Bravante-Gamara ist Mitbegründerin der Organisation Defend Job Philippines und hat sich seit den 1970er Jahren vor allem für die Rechte von Arbeiterinnen eingesetzt. Zudem kämpfte sie für die von Zwangsumsiedlung bedrohte städtische Armutsbevölkerung in Manila. Im April 2012 wird ihr Mann, der Gewerk-

schaftsfunktionär Renante Gamara, verhaftet. Neben seiner Arbeit für das größte Gewerkschaftsnetzwerk der Philippinen, Kilusang Mayo Uno (KMU), hatte er die National Democratic Front of the Philippines (NDFP), die politische Führung des kommunistischen Aufstands, in den Friedensverhandlungen mit der Regierung beraten. Der Haftbefehl, auf dessen Grundlage die Festnahme erfolgt, ist die abgeänderte Version eines Haftbefehls vom Mai 2011, demzufolge insgesamt 38 Menschen wegen Entführung und Mordes gesucht wurden. Viele der Gesuchten sind in der Ursprungsversion des Haftbefehls nur mit ihrem vermeintlichen kommunistischen Tarnnamen vermerkt. So taucht Gamaras (falsch geschriebener) Name erst in der abgeänderten Version als angebliche Identität hinter dem Tarnnamen „Ka Mike“ auf. Es ist unklar, wie die Behörden zu der Annahme gekommen sind, dass es sich bei dem gesuchten Ka Mike um Renante Gamara handeln müsse. Nach seiner Festnahme wird Gamara in ein Gefängnis gebracht, wo er laut eigener Aussage nicht zu den ihm vorgeworfenen Anklagepunkten, sondern zu den Aktivitäten und dem Aufenthaltsort seiner Frau befragt wird.

Amelita Bravante-Gamara und ihre Tochter berichten in der Folgezeit von wiederholten Belästigungen. Sie reichen mehrere Beschwerden bei der philippinischen Menschenrechtskommission ein, weil sie sich verfolgt fühlen und ihre Freund/innen von Unbekannten über

ihren Aufenthaltsort ausgefragt werden. Schließlich werden im September und Oktober 2012 zwei Haftbefehle gegen Bravante-Gamara erlassen. Sie wird beschuldigt, am 25. April an einem tödlichen Hinterhalt gegen zehn Soldaten und am 29. April an der Tötung von vier weiteren Soldaten beteiligt gewesen zu sein. Von beiden Verfahren erfährt die Angeklagte erst, als mehrere ihrer mitangeklagten Kollegen/innen von der Polizei verhaftet werden. Bravante-Gamara taucht daraufhin unter und beginnt, rechtliche Schritte gegen die anhängigen Haftbefehle einzuleiten.

Die Anklagen weisen eine Reihe von Ungereimtheiten auf. So liegen beispielsweise die angeblichen Tatorte mehrere Hundert Kilometer auseinander und weit entfernt vom Wohnort der Angeklagten. Es ist schwer vorstellbar, dass Bravante-Gamara innerhalb von vier Tagen an beiden Orten gewesen ist, zumal sie Berichten zufolge seit längerem unter gesundheitlichen Problemen litt. Darüber hinaus stützt sich die Anklage in beiden Fällen auf fragwürdige Zeugenaussagen. Im Falle des Hinterhalts vom 25. April basiert die Anklage beispielsweise auf den Aussagen von nur zwei Augenzeugen, die angeblich alle 20 Angeklagten identifizieren konnten. Ein ordnungsgemäßes Ermittlungsverfahren samt Vorladung der Angeklagten, wie es im Vorfeld eines Haftbefehls üblich ist, gab es ebenfalls nicht.

Eines der Verfahren wird in der Folge vom Gericht wegen unzureichender Beweise eingestellt, während das andere weiterhin läuft. Wäre Bravante-Gamara nicht untergetaucht, hätte sie wahrscheinlich mehrere Jahre im Gefängnis verbringen müssen. Dieses Schicksal ereilte ihren Mann, der nach seiner Verhaftung über vier Jahre ohne Verurteilung im Gefängnis saß. Erst im August 2016 wird er auf Drängen der neuen Regierung aus der Haft entlassen, um im Zuge der wiederaufgenommenen Friedensverhandlungen mit den kommunistischen Rebellen seiner Beratertätigkeit nachzukommen.

KAMPF GEGEN DROGEN

EXTRALEGALE HINRICHTUNGEN

Seit der Wahl von Rodrigo Duterte zum philippinischen Präsidenten im Mai 2016 nahmen Tötungen von mutmaßlichen Drogenhändlern und -nutzer/innen dramatisch zu. Nach Angaben der Philippine National Police (PNP) wurden zwischen dem 1. Juli und 3. Dezember 2016 2.028 Menschen bei Polizeieinsätzen getötet.¹⁶ Von der Mehrheit dieser Fälle behauptet die Polizei, die Opfer hätten sich gewaltsam gegen ihre Festnahme gewehrt. Allerdings wurde bislang in keinem Fall überzeugend dargelegt, dass die beteiligten Polizist/innen wirklich aus Gründen der Selbstverteidigung zu tödlicher Gewalt greifen mussten. Im selben Zeitraum dokumentierte die PNP auch 3.841 Tote, für die Bürgerwehren verantwortlich gemacht werden. In vielen dieser Fälle wurde neben der Leiche ein Schild gefunden, welches das Opfer beschuldigt, in den Drogenhandel verwickelt gewesen zu sein.

Diese Welle mutmaßlich extralegalen Hinrichtungen ist eindeutig auf den neuen Präsidenten Duterte zurückzuführen. Während seiner 22-jährigen Amtszeit als Bürgermeister von Davao City hatte das sogenannte Davao Death Squad nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen über 1.400 Kleinkriminelle und Straßenkinder ermordet.¹⁷ Und schon während des Wahlkampfs hatte er die Tötung Tausender mit dem Ziel angekündigt, die Kriminalität im Land innerhalb von sechs Monaten ausmerzen zu wollen. Unmittelbar nachdem sein Wahlerfolg bestätigt worden war, begann die Zahl getöteter mutmaßlicher Krimineller stark anzusteigen. Duterte hatte die Polizei in mehreren öffentlichen Statements aufgefordert und ermutigt, tödliche Waffengewalt gegen mutmaßliche Drogenhändler/innen einzusetzen und Polizist/innen dafür Immunität versprochen. Beides steht in eklatantem Widerspruch zu den internationalen Menschenrechtsstandards, zu deren Einhaltung sich die Philippinen verpflichtet haben. Duterte forderte sogar normale Bürger/innen auf, ihnen bekannte Drogenabhängige zu ermorden.¹⁸ Die UN-Sonderberichterstatterin für extralegale Hinrichtungen, Agnes Callamard, erklärte dazu in einem Statement, dass solche Äußerungen nicht nur extrem verantwortungslos seien, sondern auch eine Aufstachelung zu Gewalt und Morden darstellten, was nach dem Völkerstrafrecht einem Verbrechen gleichkäme.¹⁹

Die Kampagne gegen die Drogenkriminalität umgeht rechtstaatliche Verfahren und verletzt das Recht der mutmaßlichen Kriminellen auf ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren. Berichten zufolge werden auf der Ebene der Barangays²⁰ Listen mit Verdächtigen Drogenabhängigen und -händler/innen gesammelt. Die Barangay Anti-Drug Abuse Councils (BADAC), die im Juni 2015 eingerichtet wurden, sind beauftragt, solche geheimen Listen zu führen und an die Polizei zu übergeben.²¹ Es scheint keine weitere Überprüfung der Anschuldigungen stattzufinden und in einer Reihe von Fällen wird berichtet, dass Amtsträger/innen die Listen missbrauchen, indem sie politische Konkurrent/innen als Verdächtige benennen.²² Während sogenannter Oplan Tokhang Operationen suchen Polizist/innen Verdächtige auf und warnen sie vor Konsequenzen, sollten sie ihre illegalen Aktivitäten nicht einstellen. Ein Großteil der Tötungen findet im Rahmen solcher Operationen statt. Vermutlich weil sie Angst haben, getötet zu werden, haben sich landesweit über 700.000 Personen der Polizei gestellt, nachdem ihre Namen auf einer solchen Verdächtigenliste aufgetaucht waren. Über 10.000 Menschen wurden verhaftet, was die ohnehin schon überfüllten Gefängnisse zusätzlich überlastet.

¹⁶ Rappler.com, 'IN NUMBERS: The Philippines' 'war on drugs', 25th Update, 3. Dezember 2016, www.rappler.com/newsbreak/iq/145814-numbers-statistics-philippines-war-drugs

¹⁷ Basierend auf der Dokumentation durch die Coalition against Summary Executions (CASE).

¹⁸ The Guardian, 'Philippines president Rodrigo Duterte urges people to kill drug addicts', 1. Juli 2016, www.theguardian.com/world/2016/jul/01/philippines-president-rodrigo-duterte-urges-people-to-kill-drug-addicts

¹⁹ OHCHR Press release, 'UN experts urge the Philippines to stop unlawful killings of people suspected of drug-related offences', 18. August 2016, www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=20388

²⁰ Barangays sind die niedrigste Regierungsebene in den Philippinen.

²¹ Department of the Interior and Local Government, 'Revitalization of the Barangay Anti-Drug Abuse Council (BADAC) and Their Role in Drug Clearing Operations', Memorandum Circular No. 2015-63, 16. Juni 2015, www.dilg.gov.ph/PDF_File/issuances/memo_circulars/dilg-memocircular-2015617_926a30fa0a.pdf

²² Philippine Daily Inquirer, 'Village politics fouling up antidrug drive', 15. Juli 2016, newsinfo.inquirer.net/796044/village-politics-fouling-up-antidrug-drive

Die Polizei wird beschuldigt, den Todesopfern Waffen unterzuschieben



WIEDEREINFÜHRUNG DER TODESSTRAFE

Als Teil der Anti-Drogenkampagne kündigte die neue Regierung an, die Todesstrafe wieder einführen zu wollen. Zudem gibt es Pläne, das Strafmündigkeitsalter von 15 auf nur neun Jahre herabzusetzen. Zwei entsprechende Gesetzentwürfe wurden im Repräsentantenhaus als die beiden ersten legislativen Akte der neuen Regierung eingebracht. Die Erfahrungen mit der Todesstrafe vor ihrer Abschaffung in den Philippinen

im Jahr 2006 und weltweit zeigen, dass diese kaum abschreckende Wirkung hat, aber oft ungerecht angewendet und vor allem gegen Arme verhängt wird. Die Absenkung des Strafmündigkeitsalters würde schon sehr junge Kinder den katastrophalen Bedingungen aussetzen, die in philippinischen Gefängnissen herrschen und die zu den schlimmsten in Asien zählen. Schon heute werden jugendliche Gefangene Opfer von Folter und physischem, psychischem und sexuellem Missbrauch.²³

ERMORDUNG VON RENATO UND JAYBEE BERTES

Am 6. Juli 2016 dringen Polizisten in das Haus von Jaybee Bertes in einem Armutsviertel von Pasay City ein. Jaybee und seine Lebensgefährtin Harra beteuern wiederholt, dass er schon lange aus dem Drogenhandel ausgestiegen sei. Dennoch gehen die Polizisten bei der Durchsuchung rücksichtslos vor und unterziehen sogar die zweijährige Tochter des Verdächtigen einer Leibesvisitation. Jaybees Vater Renato, der später dazu stößt, protestiert gegen die Misshandlung seiner Familienmitglieder. Jaybee und Renato werden daraufhin von den Beamten mit aufs Revier genommen.²⁴

Über das, was dann geschieht, gibt es abweichende Berichte. Laut Aussage der Polizei sollten die beiden Verhafteten am Tag darauf nach einem Bluttest wieder in ihre Zelle zurückgebracht werden, als Renato plötzlich einem Wachmann die Waffe zu entreißen versucht. Im darauffolgenden Handgemenge sollen

Renato und Jaybee dann in Notwehr erschossen worden sein. Demgegenüber steht die Aussage von Jaybees Lebensgefährtin, die angibt, dass die beiden Verhafteten schon am Morgen ihres Todestages Spuren von schwerer Misshandlung aufwiesen. Sie vermutet, dass Jaybee und sein Vater über Nacht gefoltert und dann hingerichtet wurden.

Eine Untersuchung der nationalen Menschenrechtskommission bestätigt, dass die Leichen von Jaybee und Renato Bertes schwere Folterspuren aufweisen und sie zum Zeitpunkt ihres Todes wahrscheinlich gar nicht mehr in der Lage gewesen waren, sich eine körperliche Auseinandersetzung mit den Beamten zu liefern. Die beiden verantwortlichen Polizisten wurden daraufhin vom Dienst suspendiert und des Mordes angeklagt.²⁵ Damit ist der Fall einer der wenigen, in denen überhaupt Anklage gegen mutmaßliche Täter/innen erhoben wurde.

23 Philippine Action for Youth Offenders (PAYO) and Child Rights Network (CRN), 'Position Paper on the Lowering of the Minimum Age of Criminal Responsibility', childrightscoalitionasia.org/position-paper-of-the-philippine-action-for-youth-offenders-payo-and-the-child-rights-network-crn-on-the-lowering-of-the-minimum-age-of-responsibility

24 New York Times, 'Chilling Tale in Duterte's Drug War: Father and Son Killed in Police Custody', 19. August 2016, www.nytimes.com/2016/08/20/world/asia/philippines-duterte-drug-killings.html

25 ABS-CBN News, 'Senate digs into 'police torture' of slain father, son', 22. August 2016, news.abs-cbn.com/news/08/22/16/senate-digs-into-police-torture-of-slain-father-son

STRAFLOSIGKEIT

MANGELHAFTE JURISTISCHE AUFARBEITUNG SCHWERER MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Ein Hauptgrund für die andauernden Menschenrechtsverletzungen in den Philippinen ist die fast absolute Straflosigkeit für solche Verbrechen. Obwohl während des UPR 2012 eine ganze Reihe von Staaten die philippinische Regierung aufforderten, das Problem anzugehen, ist seitdem wenig geschehen.²⁶ So führen die Philippinen auch im Jahr 2015 noch die Liste der Staaten mit der höchsten Straflosigkeitsrate an.²⁷ Laut Angaben der philippinischen Regierung kam es in den letzten Jahren nur in acht Fällen extralegalen Hinrichtungen und in 12 Fällen von Journalistenmorden zu Verurteilungen von Tätern.²⁸ Dem stehen Tausende straflos gebliebener Fälle von schwersten Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Verschwindenlassen und extralegalen Hinrichtungen aus den letzten Jahrzehnten gegenüber. Auch hat es in den seit Mai 2012 dokumentierten 147 Fällen getöteter Menschenrechtsverteidiger/innen keine einzige Verurteilung gegeben.

Zwei seltene Erfolge im Kampf gegen die Straffreiheit gelangen den Philippinen in den Jahren 2014 und 2015. Im August 2014 wurde der ehemalige General Jovito Palparan verhaftet, der unter anderem beschuldigt wird, für das Verschwindenlassen der Studentinnen Karen Empeño und Sherlyn Cadapan im Jahre 2006 verantwortlich zu sein. Laut Augenzeugen wurden beide Frauen nach ihrer Entführung gefoltert und sexuell missbraucht. Seitdem fehlt von ihnen jede Spur. Die Brutalität, mit der Palparans Einheiten gegen politische Aktivist/innen und vermeintliche Kommunist/innen vorgegangen waren, hatte dem General den Spitznamen „Der Schlächter“ eingebracht. Die Verhaftung eines hochrangigen Militärs ist in den Philippinen nach wie vor die absolute Ausnahme und stellt einen begrüßenswerten Schritt im Kampf gegen die Straffreiheit dar. Das Verfahren läuft schleppend, gilt aber als Prüfstein für den Willen der Regierung, die Straflosigkeit zu beenden.

Im September 2015 wurden zudem die beiden Brüder Joel und Mario Reyes in Thailand verhaftet, die wegen des Mordes an dem Journalisten und Menschenrechtsverteidiger Gerry Ortega im Jahre 2011 gesucht worden waren. Zwei Handlanger der beiden Politiker sind mittlerweile für ihre Mittäterschaft verurteilt worden.

Ein positiver Schritt war auch die Verabschiedung eines nationalen Gesetzes gegen das Verschwindenlassen im Jahr 2012, das für diese Form schwerster Menschenrechtsverletzungen lebenslange Haft als Höchststrafe vorsieht. Das Gesetz sieht außerdem Entschädigungszahlungen für Opfer und deren Familien vor. Allerdings ist bis heute kein einziger Täter unter diesem Gesetz verurteilt worden. In 1.056 von insgesamt 1.774 seit 1971 von der Organisation Families of Victims of Involuntary Disappearance (FIND) dokumentierten Fällen von Verschwindenlassen bleiben die Opfer bis heute verschwunden. Auch werden Angehörigen von Opfern, die vor der Verabschiedung des Gesetzes verschwunden gelassen wurden und bis heute nicht wiederaufgetaucht sind, vom philippinischen Justizministerium die Entschädigungszahlungen verweigert. Dies ignoriert die Feststellung der Arbeitsgruppe des UN-Menschenrechtsrats zu Verschwindenlassen, dass ungelöste Fälle von Verschwindenlassen als fortdauernde Menschenrechtsverletzungen aufzufassen sind, die nicht verjähren.²⁹ Die Philippinen haben bislang auch nicht die UN-Konvention zum Schutz vor Verschwindenlassen (CPED) ratifiziert, obwohl dies während des UPR 2012 von acht Staaten empfohlen wurde.

26 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review, Philippines, 9. Juli 2012, A/HRC/21/12, paras 129.15 (Vereinigte Staaten), 129.26 (Spanien), 129.29 (Südkorea, Österreich, Niederlande), 129.30 (Australien)

27 Centro De Estudios Sobre Impunidad Y Justicia (CESIJ), 'Global Impunity Index 2015', April 2015, papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2624721

28 Philippine Response to the LOIs Raised By the UNCESCR on the Combined 5th AND 6th Philippine Report on The International Covenant On Economic, Social And Cultural Rights (ICESCR), E/C.12/PHL/Q/5-6/Add.1, S. 2

29 Report of the Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances, General comment on enforced disappearance as a continuous crime, 26. Januar 2011, A/HRC/16/48, para 39

Protestierende fordern
das Ende der Strafflosigkeit



UNWIRKSAME MENSCHENRECHTSMECHANISMEN

Auch als Antwort auf anhaltende internationale Kritik an der Kultur der Strafflosigkeit haben die Philippinen in den letzten Jahren eine Vielzahl von speziellen Menschenrechtsmechanismen und -institutionen geschaffen. Parallel zu den Strafverfolgungsbehörden existieren so heute unter anderem mit der Task Force USIG eine auf extralegale Hinrichtungen spezialisierte Einheit der PNP, Menschenrechtsbüros bei Polizei und Armee, die nationale Menschenrechtskommission (Commission on Human Rights, CHR) und das ressortübergreifend arbeitende Inter-Agency Committee on Extra-Legal Killings, genannt AO35.³⁰ Allerdings ist es bis heute keiner dieser Einrichtungen gelungen, wesentliche Erfolge im Kampf gegen die Strafflosigkeit zu erzielen.

So zitiert die philippinische Regierung beispielsweise die Schaffung des Inter-Agency Committees on Extra-Legal Killings in ihrem Staatenbericht an den UN-Ausschuss gegen Folter zwar mehrfach als Errungenschaft,³¹ allerdings ist seit der Schaffung des Komitees im Jahr 2012 kein einziger Fall bekannt geworden, indem es zu einer Aufklärung einer schweren Menschenrechtsverletzung beigetragen hätte. Nur wenig besser fällt die Bilanz der 2006 geschaffenen Polizeisondereinheit Task Force USIG aus, die bis 2015 nach eigenen Angaben nur neun Verurteilungen erreichen konnte.³² Mit der Schaffung der Menschenrechtsbüros von Polizei und Armee im Jahr 2010 sollte der Respekt für Menschenrechte in den staatlichen Sicherheitskräften verankert werden. In jeder Einheit wurde ein Menschenrechtsbeauftragter benannt, der etwaige Menschenrechtsverletzungen an die jeweiligen Hauptquartiere in Manila melden soll. In der Praxis scheitert dies aber daran, dass die Menschenrechtsbeauftragten nicht gegen ihre Kameraden tätig werden wollen.

Infolge eines umfangreichen Berichts von Amnesty International zu Folter in Polizeigewahrsam kam es im Januar und Dezember 2015 zu Anhörungen im philippinischen Senat.³³ Auch wurde im April 2016 im Fall des Folteropfers Jerry Torre zum ersten Mal ein Täter nach dem 2009 erlassenen Anti-Foltergesetz verurteilt. Allerdings haben die Philippinen bis heute keinen nationalen Präventionsmechanismus gegen Folter geschaffen, obwohl sie sich mit der 2012 erfolgten Ratifikation des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen gegen Folter (OPCAT) dazu verpflichtet haben.

Die Effektivität der philippinischen Menschenrechtskommission (CHR) leidet unter einem Mangel an finanziellen Mitteln und politischer Unabhängigkeit. So werden der/die Vorsitzende der Kommission und die ranghöchsten Kommissar/innen direkt vom/ von der philippinischen Präsident/in eingesetzt, was schon 2013 von der damaligen UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechtsverteidiger, Margaret Sekaggya, bemängelt worden war.³⁴ Gleichzeitig muss die Kommission mit extrem knappen Ressourcen haushalten.



Laut eines Berichts von Amnesty International stehen einem Regionalbüro der CHR monatlich nur ca. 400 USD für Aktivitäten zur Verfügung, wovon u.a. auch alle Ermittlungen in Fällen von Menschenrechtsverletzungen bezahlt werden müssen. Jedes Regionalbüro muss dabei ein Gebiet abdecken, das mehrere Provinzen mit mehreren Millionen Einwohnern umfasst.³⁵ Obwohl es offensichtlich ist, dass die Kommission bei einer derartigen Unterfinanzierung schnell an ihre Grenzen stößt, wurde ihr Vorschlag für eine Budgeterhöhung für das Jahr 2017 von der Regierung zurückgewiesen.³⁶

Neben institutionellen Schwächen lässt sich auf Seiten der Ermittlungsbehörden oft ein mangelnder Wille feststellen, schwere Menschenrechtsverletzungen aufzuklären. Dies betrifft vor allem solche Fälle, in denen die Täter/innen und Drahtzieher/innen in den Reihen der Sicherheitsorgane vermutet werden. Einzelne Polizist/innen müssen darüber hinaus fürchten, selbst Opfer von Vergeltungsmaßnahmen zu werden, wenn sich ihre Ermittlungen gegen einflussreiche Personen oder gegen das Militär richten. Dementsprechend wird nur in wenigen Fällen überhaupt ein/e Verdächtige/r ermittelt. Manchmal werden sogar über Jahre hinweg Haftbefehle nicht vollstreckt, obwohl der Aufenthaltsort der Gesuchten bekannt ist. So wurde beispielsweise Alde „Butsoy“ Salusad, der seit April 2012 per Haftbefehl gesuchte Anführer der paramilitärischen NIPAR (New Indigenous People’s Army Reform), bis heute nicht verhaftet, obwohl er öffentlich zugegeben hatte, den Bergbauegner Jimmy Liguyon am 5. März 2012 ermordet zu haben (siehe Kapitel Aufstandsbekämpfung und paramilitärische Gruppen).

Kaum verbessert hat sich auch der unzureichende Zeugenschutz. Schon der damalige UN-Sonderberichterstatter Alston bemerkte dazu in seinem Bericht von 2008: „Wer seine Lebenserwartung erhalten möchte, sollte nicht als Zeuge in einem Mordfall aussagen.“³⁷ Wegen der oft mangelnden forensischen Expertise der Ermittlungsbehörden stützen sich die meisten Verfahren allein auf Zeugenaussagen. Viele Zeuginnen zögern jedoch, im Rahmen von Ermittlungen auszusagen, da sie um ihr Leben fürchten müssen. Das Problem verschärft sich durch die lange Dauer vieler philippinischer Verfahren weiter. So müssen Zeuginnen, die sich den Behörden zur Verfügung stellen, damit rechnen, mehrere Jahre im Untergrund und unter andauernder Todesangst zu leben.

30 Das Inter-Agency Committee on Extra-Legal Killings, Enforced Disappearances, Torture and Other Grave Violations of the Right to Life, Liberty and Security of Persons wurde 2012 von Präsident Aquino unter der Administrative Order 35 ins Leben gerufen und wird deshalb auch oft kurz AO 35 genannt.

31 Consideration of reports submitted by State parties under article 19 of the Convention pursuant to the optional reporting procedure, Third periodic reports of States parties due in 2013, Philippines, 28. Januar 2015, CAT/C/PHL/3

32 Human Rights Watch, ‘Philippines: New Police Chief Should Tackle Abuses’, 1. September 2015, www.hrw.org/news/2015/09/01/philippines-new-police-chief-should-tackle-abuses

33 Amnesty International, Above the Law. Police Torture in the Philippines, 2015

34 Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights defenders, Margaret Sekaggya, 16. Januar 2013, A/HRC/22/47, para 51

35 Amnesty International, Above the Law. Police Torture in the Philippines, 2015, S. 70

36 ABS-CBN News, ‘CHR claims budget dept nearly halved its funding request’, 25. August 2016, news.abs-cbn.com/news/08/25/16/chr-claims-budget-dept-nearly-halved-its-funding-request

37 Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions, Philip Alston, Mission to Philippines, 16. April 2008, A/HRC/8/3/Add.2, para 52

FEHLENDE AUFARBEITUNG DES MAGUINDANAO MASSAKERS



Das Maguindanao Massaker ist ein Symbol für die mangelnde Aufarbeitung von schweren Menschenrechtsverbrechen in den Philippinen. Am 23. November 2009 wurden in der Provinz Maguindanao 58 Menschen, darunter 32 Medienvertreter/innen, überfallen und ermordet. Ihre Leichen wurden in Massengräbern verscharrt. Die Opfer waren Angehörige und Unterstützer/innen von Ismael Mangudadatu. Sie waren auf dem Weg in die Provinzhauptstadt, wo die Familie Mangudadatus die Unterlagen für seine Kandidatur als Gouverneur einreichen wollte.

Hinter dem Massaker soll Andal Ampatuan Senior stecken, der damals amtierende Gouverneur und Chef des mächtigen Ampatuan-Clans. Mit ihm sitzen auch mehrere Familienmitglieder auf der Anklagebank, darunter sein Sohn Anwar, der die familieneigene Privatarmee befehligte und mehrere der Opfer eigenhändig ermordet haben soll. Von den übrigen 195 Beschuldigten ist immer noch fast die Hälfte auf der Flucht. Andal Ampatuan starb im Juli 2015 in Untersuchungshaft, während andere Angeklagte auf Kautionsfreilassung wurden.

Weil das Gericht die Verteidigung gewährt, ist der mittlerweile seit 2010 laufende Prozess immer noch nicht abgeschlossen. Mit über 500 Verfahrensanträgen versuchen die Anwälte, das Verfahren hinauszuzögern. Journalistenorganisationen vermuten, dass die Ampatuans darauf hoffen, dass der 2016 neu gewählte Präsident zu ihren Gunsten in das Verfahren eingreifen könnte.³⁸ Eine solche politische Einflussnahme auf Strafverfahren ist in den Philippinen nicht ungewöhnlich.

Mindestens drei Zeugen wurden seit Beginn des Verfahrens ermordet. Erst im November 2015 wurde Dennis Sakal, ein ehemaliger Fahrer der Ampatuans, erschossen, als er gerade auf dem Weg war, seine Zeugenaussage zu Protokoll zu geben.

³⁸ ABS-CBN News, 'National leaders fuel impunity in PH', 21. November 2012, news.abs-cbn.com/blogs/-depth/11/21/12/national-leaders-fuel-impunity-ph

AUFSTANDSBEKÄMPFUNG UND PARAMILITÄRISCHE GRUPPEN



MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IM KONTEXT VON AUFSTANDSBEKÄMPFUNG

In den Philippinen ereignen sich viele schwere Menschenrechtsverletzungen im Kontext der langanhaltenden innerstaatlichen Konflikte mit der kommunistischen New People's Army (NPA) und den verschiedenen bewaffneten Gruppen der muslimischen Unabhängigkeitsbewegung im Süden des Landes. Im Rahmen des UPR 2012 wurde den Philippinen daher empfohlen, Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte zu verhindern und die Täter/innen juristisch zur Verantwortung zu ziehen.³⁹ Allerdings werden auch weiterhin schwerste Menschenrechtsverletzungen gegen die Zivilbevölkerung vor allem aus Gegenden berichtet, die im Fokus der Aufstandsbekämpfung gegen die NPA stehen.

Im Januar 2011 trat zwar ein neuer interner Sicherheitsplan „Oplan Bayanihan“ in Kraft, der das Primat der Menschenrechte in der Aufstandsbekämpfung explizit anerkennt und vorsieht, den Aufständischen unter minimalem Militäreinsatz und durch Entwicklungsprogramme den Nährboden zu entziehen,⁴⁰ in der Praxis änderte sich aber wenig am Vorgehen des Militärs. So sieht die neue Aufstandsbekämpfungsstrategie weiterhin vor, einzelne Barangays systematisch von Aufständischen zu säubern. Um an die Identität möglicher Aufständischer zu gelangen, setzt die Armee dabei auch Folter ein. Um eine (Re-)Infiltration „gesäuberter“ Dörfer zu verhindern, werden diese von der Außenwelt abgeschnitten und besetzt. Dabei dienen oft Schulen, Krankenhäuser und auch Kirchen und Moscheen als temporäre Militärbasen. Immer wieder tötet das Militär völlig unbeteiligte Zivilist/innen, von denen dann nachträglich behauptet wird, sie seien Aufständische gewesen.

*Soldaten vor
einem Einsatz*

³⁹ Report of the Working Group on the Universal Periodic Review, Philippines, 9. Juli 2012, A/HRC/21/12, para 129.15 (Spanien)

⁴⁰ Armed Forces of the Philippines, 'Internal Peace and Security Plan: Oplan Bayanihan', www.afp.mil.ph/bayanihan.pdf

ERMORDUNG VON FIDELA SALVADOR



Exemplarisch für die Menschenrechtsverletzungen und die Missachtungen des humanitären Völkerrechts, die dem philippinischen Militär im Zuge seiner Aufstandsbekämpfung immer wieder vorgeworfen werden, ist der Tod von Fidela Salvador im September 2014 in Abra, einer Provinz im Norden der Philippinen. Vom 4. bis 6. September 2014 führt die Armee eine Militäroperation nahe dem Dorf Lacub durch, bei der es zu Feuergefechten mit der kommunistischen NPA kommt. Am Abend des 6. September bringt das Militär neun Leichen zu verschiedenen Bestattern in der Umgebung. Laut Militär soll es sich bei allen Toten um kommunistische Kämpfer/innen handeln, die bei den Gefechten ums Leben gekommen sind. Dies konnte jedoch nur für sieben Tote bestätigt werden. Die beiden anderen Toten sind Fidela Bugarin Salvador und Noel Viste, beides Zivilisten.

Fidela Salvador hatte sich als aktives Mitglied der protestantischen United Church of Christ in the Philippines (UCCP) und in verschiedenen Organisationen bis zu ihrem Tod über mehrere Jahrzehnte für die verarmte Landbevölkerung im Norden der Insel Luzon eingesetzt. Unter anderem hatte sie gegen den mit schweren Umweltzerstörungen und Vertreibun-

gen einhergehenden industriellen Bergbau in der Region gekämpft und zuletzt Projekte zur Katastrophenhilfe für die Opfer der Taifune Ondoy und Pepeng organisiert. Zum Zeitpunkt ihres Todes war Salvador im Auftrag zweier zivilgesellschaftlicher Dachverbände zur Katastrophenhilfe in Lacub, um sich ein Bild von deren Projekten in der Region zu machen. Der zweite Tote, Noel Viste, war Bauer und Einwohner Lacubs. Die Angehörigen von Salvador und Viste bestreiten die Anschuldigungen des Militärs, dass diese Mitglieder der NPA gewesen seien.

Augenzeug/innen berichten, dass Viste zu einer Gruppe Dorfbewohner gehört habe, die von den Soldaten gezwungen wurden, sie zu deren Militärbasis zu begleiten. Die Zivilisten seien angewiesen worden, sich gleichmäßig unter die marschierenden Soldaten zu mischen, um so kommunistische Kämpfer von einem eventuellen Hinterhalt abzuhalten. Später sei Viste von den übrigen Dorfbewohner/innen getrennt worden und blieb verschwunden, bis seine Leiche am nächsten Tag bei einem Bestatter abgeliefert wurde. Auch wenn es keine Augenzeugenberichte zum Tod von Viste gibt, so liegt die Vermutung nahe, dass er von den Soldaten getötet wurde. Die Verwendung von Zivilist/innen als menschliche Schutzschilde ist ein klarer Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht.

Die offizielle Version des Militärs zum Tod Salvadors weist ebenfalls viele Ungereimtheiten auf. Angeblich sei sie bei einem Feuergefecht mit Kommunisten am 5. September erschossen worden. Dem widerspricht der Obduktionsbericht, laut dem Salvador aus nächster Nähe von hinten erschossen wurde und zusätzlich am ganzen Körper Spuren schwerer Misshandlung aufwies. Salvadors Angehörige vermuten daher, dass sie von den Soldaten verschleppt, gefoltert und anschließend hingerichtet wurde.

PARAMILITÄRISCHE GRUPPEN

Ein besonderes Problem sind die vielen paramilitärischen Gruppen und Privatarmeen, die in weiten Teilen der Philippinen operieren und die für besonders viele Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht werden. Während des UPR 2012 wurde den Philippinen daher empfohlen, diese Gruppen zu entwaffnen und aufzulösen oder sie zumindest der Befehlskette und den Rechenschaftsmechanismen der regulären Streitkräfte zu unterstellen.⁴¹ Insbesondere wurde den Philippinen nahegelegt, Exekutivorder 546 zurückzunehmen, welche die Schaffung paramilitärischer Organisationen legitimiert.⁴²

Trotz dieser Empfehlungen existieren weiterhin über hundert solcher Gruppen. So ist die Anzahl der im Land aktiven Privatarmeen zwar laut Polizeiangaben von 107 im Jahre 2010 auf 81 im Jahre 2013 gefallen, vor den Wahlen im Jahr 2016 stieg die Zahl aber wieder auf 85 an.⁴³ Da diese Zahlen aus offiziellen Quellen stammen, enthalten sie zudem keine paramilitärischen Verbände, die als Zivile Freiwilligenorganisation (CVO), Spezial-CAFGUs (SCAA), oder Auxiliareinheiten (sogenannte „force multipliers“) unter Exekutivorder 546 legitimiert sind. Die tatsächliche Anzahl paramilitärischer Gruppen in den Philippinen dürfte daher um einiges höher liegen.

Die geographisch organisierten Reservetruppen des philippinischen Militärs, sogenannte CAFGUs (Citizen Armed Force Geographical Units), werden weiterhin zur Aufstandsbekämpfung und anschließenden Sicherung „gesäuberter“ Gebiete eingesetzt. Allerdings sind sie schlechter ausgebildet und ausgerüstet als die regulären Streitkräfte und erhalten keinen Sold, sondern nur ein Unterhaltsgeld von ca. 3 Euro (150 PHP) pro Tag. Die Anzahl der aktiven CAFGU-Mitglieder wurde 2015 noch auf 53.000 beziffert.⁴⁴ Diese Einheiten unterstehen zwar theoretisch der Befehlskette und den Rechenschaftsmechanismen des Militärs, werden aber immer wieder schwerster Menschenrechtsverletzungen bezichtigt.

Beispielsweise wurden am 13. September 2012 Genesis Ambason Saguitan und seine Begleiter in San Luis, Agusan del Sur, völlig unvermittelt von CAFGUs beschossen. Saguitan wurde getroffen und blieb verletzt zurück. Später fand man seine Leiche, die Spuren schwerer Misshandlung aufwies.

Sogenannte SCAAs (Special CAFGU Active Auxiliary) sind Einheiten, die speziell dafür abgestellt werden, große Unternehmen und örtliche Regierungseinrichtungen in besonders gefährlichen Gebieten zu schützen. Bezahlt werden sie von der jeweiligen Einrichtung, die sie beschützen, was sie – trotz ihres offiziellen Status‘ als Reserveeinheiten des Militärs – de facto zu deren Privatarmeen macht. So gibt es Berichte über Menschenrechtsverletzungen, die SCAAs im Interesse der von ihnen beschützten Unternehmen begangen haben sollen. Beispielsweise verschwand der Bergbaueegner John Calaba, als er im April 2015 in Lebak, Sultan Kudarat, einer Einladung von SCAA-Mitgliedern zum Essen nachkam. Kurz nachdem er das Gelände des von den SCAAs beschützten Bergbaunternehmens betreten hatte, fielen dort mehrere Schüsse. Calaba wurde seitdem nicht mehr gesehen.

⁴¹ Report of the Working Group on the Universal Periodic Review, Philippines, 9. Juli 2012, A/HRC/21/12, paras 129.25 (Chile), 129.31 (Vereinigte Staaten), 131.25 (Spanien), 131.26 (Kanada)

⁴² Report of the Working Group on the Universal Periodic Review, Philippines, 9. Juli 2012, A/HRC/21/12, paras 131.24 (Niederlande), 131.25 (Spanien)

⁴³ The Manila Times, ‘85 armed groups on PNP watch list’, 1. April 2016, www.manilatimes.net/85-armed-groups-on-pnp-watch-list/253463/

⁴⁴ Philippine Daily Inquirer, ‘Army defends hike in budget of controversial militia unit’, 19. Oktober 2015, newsinfo.inquirer.net/732508/army-defends-hike-in-budget-of-controversial-militia-unit

Neben diesen Reservistenverbänden existiert noch eine ganze Reihe irregulärer paramilitärischer Verbände, die das Militär bei der Aufstandsbekämpfung unterstützen. Diese legitimieren sich teilweise auf der Grundlage von Exekutivorder 546, welche die Polizei seit 2006 anweist, das Militär bei der Aufstandsbekämpfung zu unterstützen und zu diesem Zwecke auch örtliche Zivilisten zur Verstärkung hinzuzuziehen.⁴⁵ Die daraus resultierenden Milizen rekrutieren sich meist aus überlaufenen Kommunisten/innen, indigenen Bevölkerungsgruppen oder lokalen Familienc clans. Militär und Polizei bemühen sich in der Regel, jegliche Verbindung zu solchen Gruppierungen zurückzuweisen oder deren Existenz komplett zu leugnen. Augenzeugenberichte und Aussagen örtlicher Offizieller lassen jedoch kaum Zweifel daran, dass die Milizen vom Militär ausgerüstet werden und mit ihm zusammenarbeiten.⁴⁶ Im Falle der Magahat-Bagani Miliz sprach der Gouverneur von Surigao del Sur, Johny Pimentel, beispielsweise von einem „vom Militär geschaffenen Monster“ und verwies auf zahlreiche Gelegenheiten, bei denen die Milizionäre mit staatlichen Sicherheitskräften zusammen gesehen wurden.⁴⁷

Hinzu kommt eine Vielzahl an Privatarmeen, die von einflussreichen Familien, Unternehmer/innen oder Politiker/innen unterhalten werden, um ihre Interessen durchzusetzen. Oft sind die Mitglieder solcher Privatarmeen gleichzeitig auch Angehörige der staatlichen Sicherheitskräfte, zum Beispiel als CAFGUs oder SCAAs. Häufig rutschen auch Polizist/innen in solche Doppelrollen ab, da die lokalen Polizeiverbände per Gesetz direkt den jeweiligen Bürgermeister/innen unterstehen.⁴⁸ Besonders aktiv sind solche Privatarmeen vor allem im Kontext von Wahlen, um die Ergebnisse zum Vorteil ihrer Patrone zu beeinflussen. Der mit Abstand dramatischste Fall einer solchen Einflussnahme trug sich im Jahre 2009 in Mindanao zu, als die Privatarmee des Ampatuan-Clans einen Konvoi der rivalisierenden Mangudadatu-Familie anhielt, um das Familienoberhaupt an der Kandidatur bei den anstehenden Provinzwahlen zu hindern (siehe Kapitel Straflosigkeit). Dabei töteten die über 100 Bewaffneten alle Mitfahrer/innen, derer sie habhaft werden konnten. Insgesamt 58 Menschen wurden an diesem Tag ermordet.

45 President of the Philippines, Administrative Order No. 546, s. 2006, 'Directing The Philippine National Police to Undertake Active Support to the Armed Forces of the Philippines In Internal Security Operations for the Suppression of Insurgency And Other Serious Threats to National Security, Amending Certain Provisions of Executive Order No. 110 Series Of 1999 And for Other Purposes', 14. Juli 2006, www.gov.ph/2006/07/14/executive-order-no-546-s-2006/

46 The Standard, 'AFP using paramilitary groups, says probe team', 12. November 2015, thestandard.com.ph/news/-main-stories/191689/afp-using-paramilitary-groups-says-probe-team.html

47 Philippine Daily Inquirer, 'Militia in lumad killings a 'monster created by military'', 6. September 2015, newsinfo.inquirer.net/719658/militia-in-lumad-killings-a-monster-created-by-military

48 Republic Act No. 6975, An Act Establishing the Philippine National Police Under a Reorganized Department of the Interior and Local Government, and for Other Purposes, 13. Dezember 1990, Sektion 51

NEW INDIGENOUS PEOPLE'S ARMY REFORM

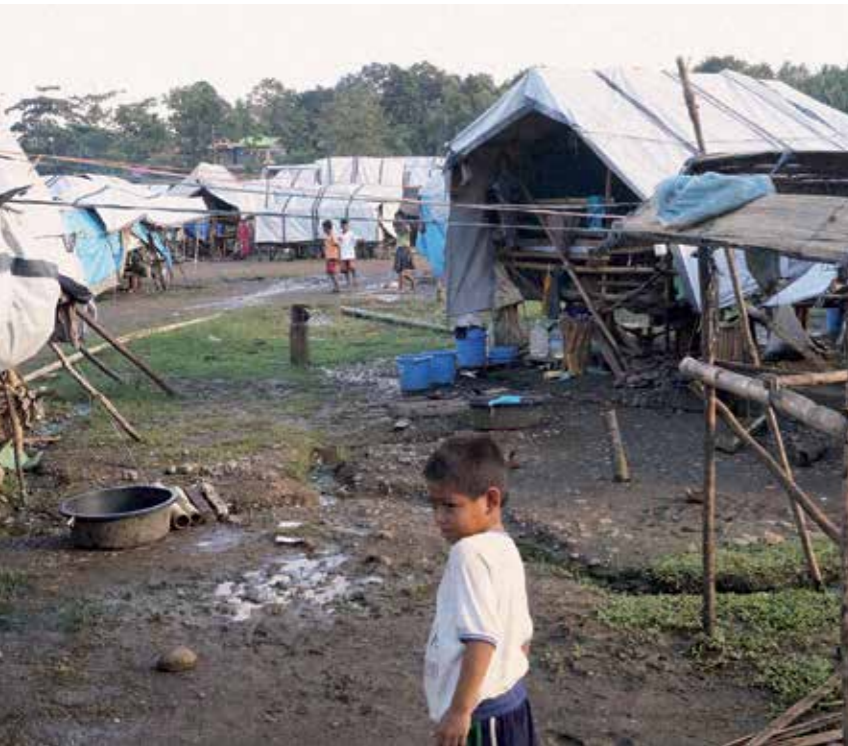


CAFGUs und andere paramilitärische Gruppen sollen zwar das Militär bei der Aufstandsbekämpfung unterstützen, aber immer wieder gibt es auch Berichte, dass diese Gruppen eigene wirtschaftliche Interessen mit Gewalt durchsetzen und dabei vom Militär gedeckt werden.

Ein Beispiel dafür ist die New Indigenous People's Army Reform (NIPAR). Diese paramilitärische Gruppe wurde von Alde Salusad in der Provinz Bukidnon gegründet, nachdem er zusammen mit seinem Vater Benjamin im Jahr 2011 der kommunistischen NPA den Rücken gekehrt hatte. Während Alde die Miliz gründete, trat Benjamin dem örtlichen CAFGU-Verband bei. Seitdem nimmt die NIPAR als fester Bestandteil der Aufstandsbekämpfungsstrategie des Militärs in Bukidnon regelmäßig an dessen Operationen gegen die NPA teil. Im Gegenzug schützt das Militär die NIPAR vor der Verfolgung der von ihnen begangenen Menschenrechtsverletzungen und hilft so indirekt bei der Ausweitung ihrer Kontrolle über den lokalen Bergbau.

In der Konsequenz häufen sich die Berichte über Menschenrechtsverletzungen, die von der NIPAR in Bukidnon verübt werden. Der wohl prominenteste Fall ist die Ermordung des Bergbaugegners Jimmy Liguyon, der am 5. März 2012 erschossen wurde. Zuvor hatte sich Liguyon in seiner Funktion als Ortsvorsteher des Dorfes Dao geweigert, Lizenzen für den Bergbau auf dem Ahnengebiet seines Stammes zu vergeben. Damit geriet er in Konflikt mit Salusad, der aus der Vergabe von Schürfrechten in der Region Profit schlagen wollte. Salusad bekannte sich später offen zum Mord an Liguyon. Und obwohl seit April 2012 ein Haftbefehl gegen ihn besteht, wurde er bisher nicht verhaftet. Inzwischen kontrolliert Salusad den Bergbau in der Region nahezu vollständig. Salusad und die NIPAR werden außerdem für zahlreiche weitere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht. So wird die NIPAR beschuldigt, am 30. Juli 2016 von einer Anhöhe aus das Dorf Sitio Sil-angon in San Fernando, Bukidnon, unter Beschuss genommen zu haben, als dort gerade eine Hochzeitsfeier stattfand. Dabei kam die zu diesem Zeitpunkt schwangere Makenet Gayora ums Leben. Acht weitere Gäste, der Großteil von ihnen Kinder und Jugendliche, wurden bei der Attacke verletzt. Es wird vermutet, dass der Angriff als kollektive Bestrafung dem Ortsvorsteher Jeffry Mandagit galt, den Salusad beschuldigte, ein kommunistischer Aufständischer zu sein. Nach dem Angriff flohen 180 Dorfbewohner/innen in die Provinzhauptstadt Malaybalay City.

RECHTE INDIGENER



ATTACKEN AUF INDIGENE GEMEINSCHAFTEN IM KONTEXT DER AUFSTANDSBEKÄMPFUNG

Mindanao ist zugleich Austragungsort vielfältiger und sich zum Teil überlappender, gewaltförmiger Konflikte. Indigene Lumads geraten dabei insbesondere zwischen die Fronten des innerstaatlichen Konflikts zwischen der philippinischen Regierung und dem Aufstand der kommunistischen New Peoples' Army (NPA). Dabei werden immer wieder paramilitärische Gruppen, die zusammen mit der Armee gegen die NPA kämpfen, für Repressionen und Gewalt gegen die Zivilbevölkerung verantwortlich gemacht.

Im Zuge der Aufstandsbekämpfung wurden in Mindanao Tausende Indigene aus ihren Dörfern vertrieben. Alleine für das Jahr 2015 hat das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR 17.000 neue Binnenvertriebene registriert, darunter hauptsächlich Lumads.⁴⁹ In Mindanao sind vor allem die Betreiber/innen und Lehrer/innen unabhängiger indigener Schulen von Repressionen betroffen. Weil das staatliche Angebot an Bildungseinrichtungen in den abgelegenen Regionen Mindanaos unzureichend ist, werden diese Schulen von zivilgesellschaftlichen oder kirchlichen Trägern betrieben. Nach Angaben des philippinischen Netzwerks Save Our Schools wurden alleine im Jahr 2015 95 solcher Schulen Ziele von Angriffen durch das Militär, das behauptet, in diesen Einrichtungen würden Kinder mit kommunistischer Ideologie indoktriniert.⁵⁰

49 UNHCR, 'Displacement Dashboard. Mindanao, Philippines Forced Displacement Annual Report, 2015', S. 10, [unhcr.org/refugees/wp-content/uploads/2015-Mindanao-Philippines-Forced-Displacement-Report_Final-HR3.pdf](https://www.unhcr.org/refugees/wp-content/uploads/2015-Mindanao-Philippines-Forced-Displacement-Report_Final-HR3.pdf)

50 Save Our Schools Network, '95 cases of attacks on lumad schools in one year', 10. Oktober 2015, [saveourschoolsnetwork.org/index.php/2015/10/10/95-cases-of-attacks-on-lumad-schools-in-one-year/](https://www.saveourschoolsnetwork.org/index.php/2015/10/10/95-cases-of-attacks-on-lumad-schools-in-one-year/)

ERMORDUNG VON EMERITO SAMARCA, DIONEL CAMPOS UND BELLO SINZO



Ein besonders schwerer Vorfall ereignete sich am 1. September 2015, als Emerito Samarca, der Leiter des Alternative Learning Center for Agricultural and Livelihood Development (ALCADEV) in Lianga, [Provinz] Surigao del Sur, ermordet wurde. Das ALCADEV ist eine unabhängige Schule, die Sekundärbildung für

Indigene anbietet. Sie war bereits seit 2005 Repressionen des Militärs ausgesetzt, das behauptete, die Schule würde als Ausbildungslager der NPA dienen.

Zwei Tage vor dem Mord wird die Schule von Mitgliedern des 36. Infanteriebataillons und der paramilitärischen Gruppe Magahat Bagani besetzt. Die Paramilitärs drohen Lehrer/innen, Schüler/innen und deren Eltern damit, die ganze indigene Gemeinschaft zu massakrieren, wenn sie die Schule nicht innerhalb von zwei Tagen räumen würden. Vor den Augen von Hunderten Vertriebenen ermorden die Paramilitärs Dionel Campos, den Vorsitzenden der Organisation MAPASU, die sich gegen Bergbauprojekte in Surigao del Sur einsetzt, und seinen Cousin Bello Sinzo.

Emerito Samarca, der in der Schule zurückblieb, wird später gefesselt und erstochen in einem Klassenraum gefunden.

Augenzeugenberichten zufolge sollen sich zum Zeitpunkt der Morde Armeeeinheiten in der unmittelbaren Nähe aufgehalten haben, die aber nicht einschritten.

Nach den Morden flohen ca. 4.000 Indigene aus ihren Dörfern in die Provinzhauptstadt Tandag City, wo sie in einem Sportstadion unterkamen. Erst im September 2016 können die letzten Geflüchteten in ihre Dörfer zurückkehren.

Zwar stritt die Armee nach dem Vorfall jegliche Zusammenarbeit mit den Magahat Bagani ab. Jedoch trat deren mutmaßlicher Anführer, Marcial Belandres, kurz nach dem Vorfall auf einer vom Militär veranstalteten Pressekonferenz auf und behauptete, die Morde seien von der NPA begangen worden.⁵¹ Bereits am 22. September 2015 erlässt ein regionales Gericht Haftbefehle gegen drei der mutmaßlichen Täter, die Brüder Bobby und Loloy Tejero und Garito Layno. Allerdings werden diese nicht vollstreckt. Augenzeug/innen sahen die Gesuchten danach bei mehreren Gelegenheiten in Begleitung von Militäreinheiten.

51 Philippine Daily Inquirer, 'Tribal chief in AFP briefing a paramilitary leader, says Surigao gov', 18. September 2015, newsinfo.inquirer.net/723111/tribal-chief-in-afp-briefing-a-paramilitary-leader-says-surigao-gov

Geflüchtete Indigene in Tandag City

Im Jahr 2015 häuften sich Berichte über Menschenrechtsverletzungen, begangen an Mitgliedern der indigenen Gemeinschaften der Lumads auf der Insel Mindanao im Süden der Philippinen. Lumads ist die kollektive Bezeichnung für die Mitglieder der verschiedenen indigenen, nicht-muslimischen Gruppen in Mindanao. Durch die massenhafte Migration christlicher Siedler/innen aus anderen Teilen der Philippinen wurden sie in die abgelegenen und unwirtlichen Gebirgsregionen Mindanaos verdrängt. Heute gehören die Lumads zu den ärmsten Bevölkerungsgruppen der Philippinen.

MENSCHENRECHTS- VERLETZUNGEN AN INDIGENEN BERGBAUGEGER/INNEN

Weitere Menschenrechtsverletzungen an Indigenen ereignen sich im Kontext von Bergbauprojekten. In den Philippinen werden Mineralienvorkommen mit einem geschätzten Wert von 800 Milliarden bis 1 Billion US-Dollar vermutet, darunter die drittgrößten Goldreserven der Welt. Etwa 60 Prozent der Gebiete, in denen diese Rohstoffvorkommen vermutet werden, sind hauptsächlich von Indigenen bewohnt. So liegen die 15 größten Bergbauprojekte in Mindanao entweder direkt auf dem Ahnenland der Lumads oder grenzen unmittelbar daran. Allerdings profitieren die Indigenen selbst von diesem immensen Reichtum kaum. Zwar investieren vor allem internationale Bergbauunternehmen in die lokale Infrastruktur, was auch der Bevölkerung zugutekommt, aber selbst Großprojekte schaffen nur vergleichsweise wenige Arbeitsplätze. Zudem wird die Lebensgrundlage der Indigenen durch Umweltzerstörungen bedroht, etwa durch den kaum regulierten Einsatz hochgiftiger Chemikalien wie Quecksilber und Zyanid sowie durch Bodenerosion und großflächige Abholzung. Der Mining Act von 1995 garantiert Bergbauunternehmen die kostenlose Nutzung von Wasser – welches dann der Landwirtschaft fehlt – und das Recht, nach Gutdünken Wälder abzuholzen.⁵²

Proteste fordern
die Einhaltung der
Rechte Indigener



Der Indigenous Peoples' Rights Act (IPRA) von 1997 verleiht den Indigenen theoretisch vollständige Verfügungsgewalt über ihr Ahnenland (sog. Ancestral Domains).⁵³ Dazu gehört, dass jedes Bergbauprojekt auf ihrem Gebiet der freien, vorausgehenden und informierten Zustimmung (free prior and informed consent – FPIC) der Indigenen bedarf. In einer Studie wurde allerdings in mindestens der Hälfte der untersuchten Fälle festgestellt, dass die entsprechenden Konsultationsverfahren nur unvollständig durchgeführt oder Indigene sogar gezielt über die möglichen Auswirkungen der Projekte getäuscht wurden.⁵⁴ Auch wird einzelnen Indigenen manchmal eine finanzielle Beteiligung an den Gewinnen versprochen und deren Zustimmung dann als Mehrheitsmeinung ausgegeben. Dies führt zu einer Spaltung indigener Gemeinschaften, wobei Mitglieder verschiedener Fraktionen für sich beanspruchen, die gesamte Gruppe zu vertreten.

Zudem werden indigene Bergbaugegner/innen mit Gewalt bedroht und auch ermordet. Seit Mai 2012 wurden mindestens 26 Indigene ermordet, deren Tod mit ihrem Widerstand gegen Bergbauprojekte in Verbindung gebracht werden kann. Bergbauprojekte in fragilen Sicherheitskontexten wie in Mindanao führen auch immer wieder zu bewaffneter Gewalt zwischen Armee, paramilitärischen Gruppen und indigenen Bergbaugegner/innen. Dabei werden Armeeeinheiten oder CAFGUs abgeordnet, um Bergbauprojekte zu schützen. Sie werden als sogenannte SCAA (Special CAFGU Active Auxiliaries) zum Teil direkt von Bergbauunternehmen finanziert und agieren dann de facto als deren Privatarmeen (siehe Kapitel Aufstandsbe-kämpfung und paramilitärische Gruppen).

⁵² Republic Act No. 7942, An Act Instituting a New System of Mineral Resources Exploration, Development, Utilization, and Conservation, 3. März 1995, Sektionen 72 und 73

⁵³ Republic Act No. 8371, An Act to Recognize, Protect and Promote the Rights of Indigenous Cultural Communities/Indigenous Peoples, Creating a National Commission on Indigenous Peoples, Establishing Implementing Mechanisms, Appropriating Funds Therefor, and for Other Purposes, 29 October 1997, Sections 7b und 7c

⁵⁴ Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), 'Assessing Free and Prior Informed Consent (FPIC) Implementation in the Philippines', April 2013, www.giz.de/de/downloads/giz2013-en-assessing-free-and-prior-informed-consent-fpic-philippinen.pdf

ERMORDUNG VON JUVY CAPION UND IHRER KINDER JORDAN UND JOHN



Am 18. Oktober 2012 werden Juvy Capion und ihre beiden Kinder Jordan und John ermordet. Juvy Capion ist zum Tatzeitpunkt schwanger. Die vierjährige Tochter Becky wird leicht verletzt. Die mutmaßlichen Täter wurden angeblich von Lt. Dante Jimenez angeführt und gehören dem 27. Infanteriebataillon unter dem Kommando von Lt.

Col. Alexis Noel Bravo an. Zunächst bezeichnet die Armee den Vorfall als legitime militärische Auseinandersetzung („legitimate encounter“). Augenzeuginnen berichten allerdings, dass die Opfer zum Tatzeitpunkt in ihrer Hütte geschlafen hätten und diese ohne Vorwarnung mit Maschinengewehren beschossen wurde. Nach der Tat sollen die Täter Spuren verwischt und die Leichen an einen anderen Ort gebracht haben, um den Anschein eines Feuergefechts zu erwecken.

Die Familie Capion gehört der Indigenengruppe der B'laan an, die auf der Insel Mindanao in den Provinzen Davao del Sur und South Cotabato heimisch ist. Zum Tatzeitpunkt wurde mitten im Gebiet der B'laan in Tampakan von der Schweizer Firma Glencore Xstrata die weltweit zweitgrößte Gold-Kupfermine ge-

plant. Die B'laan lehnen diese Pläne mehrheitlich ab, weil sie ihre Lebensgrundlage bedroht sehen. Etwa 1.000 Familien sind unmittelbar von der Umsiedlung bedroht. Im Zuge der Auseinandersetzung um das Projekt kommt es zu einer verstärkten Präsenz von Militär und paramilitärischen Kräften in der Region. Dies löst eine eskalierende Spirale der Gewalt aus, in deren Verlauf sich Teile der B'laan bewaffnen. Juvy Capions Mann Daguil, ein bekannter Indigenenführer, gehörte diesem bewaffneten Widerstand gegen das Bergbauprojekt an und wurde deswegen von den philippinischen Behörden gesucht.

Nach dem Angriff klagte Juvys Vater Lt. Col. Noel Alexis Bravo, Lt. Dante Jimenez und vierzehn weitere Soldaten des Mordes an. Etwa ein Jahr nach dem Vorfall ordnete die Staatsanwaltschaft der Provinz überraschend an, das zivile Verfahren einzustellen. Erst nach massivem öffentlichen Druck stellte sich das Justizministerium gegen diese Entscheidung und befahl, das Verfahren wieder aufzunehmen, schloss jedoch dieses Mal alle Offiziere von jeglicher Verantwortung aus. Von den beschuldigten Soldaten, die laut Militärangaben unter Arrest stehen, ist auch vier Jahre nach dem Vorfall niemand verurteilt worden. Daguil Capion wurde hingegen im Juli 2015 verhaftet und sitzt seitdem im Gefängnis.

Erst auf nationalen und internationalen Druck hin wird vor einem Militärgericht Anklage gegen die beteiligten Soldaten erhoben, Bataillonskommandant Alexis Noel Bravo ist allerdings davon ausgenommen. Der Status dieses Verfahrens ist gegenwärtig unklar.

EMPFEHLUNGEN AN DIE PHILIPPINISCHE REGIERUNG

SCHUTZ VON MENSCHENRECHTS-VERTEIDIGER/INNEN UND JOURNALIST/INNEN

- › Alle Fälle getöteter Menschenrechtsverteidiger/innen und Journalist/innen müssen unverzüglich untersucht und die Täter/innen vor Gericht gestellt werden.
- › Es müssen alle notwendigen Schritte eingeleitet werden, um Menschenrechtsverteidiger/innen und Journalist/innen vor Drangsalierung, Gewalt und Mord zu schützen.
- › Das philippinische Militär muss angewiesen werden, stigmatisierende Äußerungen gegen Menschenrechtsverteidiger/innen zu unterlassen, insbesondere, wenn diese eine Mitgliedschaft in der New People's Army suggerieren.

KRIMINALISIERUNG VON MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER/INNEN UND JOURNALIST/INNEN

- › Alle Gesetze, die Verleumdung als Straftat definieren, insbesondere Artikel 353 bis 355 und 358 bis 362 des Revised Penal Code, sowie Abschnitt 4(c)(4) des Cybercrime Prevention Act, müssen aufgehoben werden. Die Gesetzeslage sollte dahingehend geändert werden, dass Verleumdung und Rufmord ausschließlich zivilrechtlich verfolgt werden können.
- › Die philippinischen Streitkräfte müssen angewiesen werden, keine konstruierten Anklagen gegen Menschenrechtsverteidiger/innen mehr zu anzustrengen.
- › Es muss sichergestellt werden, dass Staatsanwälte/innen und Richter/innen keine Verfahren in Fällen von offensichtlich konstruierten Anklagen gegen Menschenrechtsverteidiger/innen einleiten.

EXTRALEGALE HINRICHTUNGEN VON MUTMASSLICHEN KRIMINELLEN

- › Präsident Duterte soll klarstellen, dass der Einsatz von Waffengewalt durch die Polizei nur dann legitim ist, wenn das Leben von Polizeibeamten oder Dritten unmittelbar gefährdet ist.
- › Alle Fälle von Tötungen mutmaßlicher Drogenhändler/innen und -abhängiger müssen unverzüglich untersucht werden.
- › Die Todesstrafe soll nicht wiedereingeführt und das Strafmündigkeitsalter nicht herabgesetzt werden.

STRAFFREIHEIT

- › Die Straffreiheit bei extralegalen Hinrichtungen, Verschwindenlassen und Folter ist durch eine gründliche Aufklärung aller entsprechenden Fälle zu beenden, insbesondere, wenn es sich bei den Täter/innen um staatliche Sicherheitskräfte handelt.
- › Die Philippinen sollen das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen ratifizieren.
- › Alle offenen Haftbefehle in Fällen extralegalen Hinrichtungen sind unverzüglich zu vollstrecken.
- › Das unter der Administrative Order 35 gegründete Inter-Agency Committee on Extrajudicial Killings soll eine Liste der von ihm bearbeiteten Fälle veröffentlichen und regelmäßig über die Ermittlungsfortschritte informieren.
- › Es muss eine grundlegende Reform des Justizsystems eingeleitet werden, sodass Gerichtsverfahren in Fällen gravierender Menschenrechtsverletzungen beschleunigt und die Täter/innen schnell und zuverlässig zur Rechenschaft gezogen werden können.
- › Das Zeugenschutzprogramm muss reformiert und ausgeweitet werden, um den zuverlässigen Schutz von Zeug/innen vor, während und nach den Ermittlungen und Gerichtsverfahren sicherzustellen.
- › Allen themenbezogenen Sonderberichterstatter/innen und Arbeitsgruppen des UN-Menschenrechtsrats, insbesondere der Sonderberichterstatterin zu extralegalen Hinrichtungen und dem Sonderberichterstatter zur Lage von Menschenrechtsverteidiger/innen, soll eine dauerhafte Einladung ausgesprochen werden.

EMPFEHLUNGEN AN INTERNATIONALE AKTEURE

AUFSTANDSBEKÄMPFUNG UND PARAMILITÄRISCHE GRUPPEN

- › Exekutivorder 546 muss aufgehoben werden, um Milizen und Privatarmeen ihre Legitimationsgrundlage zu entziehen.
- › Alle paramilitärischen Gruppen und Privatarmeen müssen der Befehlskette des Militärs unterstellt oder anderenfalls entwaffnet und aufgelöst werden.
- › Der Schutz von Zivilist/innen und Nichtkombattant/innen bei der Aufstandsbekämpfung muss entsprechend der Vorgaben des humanitären Völkerrechts sichergestellt werden. Im Falle einer Missachtung müssen alle Verantwortlichen als Kriegsverbrecher/innen zur Rechenschaft gezogen werden.

RECHTE INDIGENER

- › Es müssen gründliche und unabhängige Untersuchungen in allen Fällen getöteter Indigener eingeleitet werden, in die das Militär, paramilitärische Gruppen oder Bergbauunternehmen verwickelt sind. Es müssen alle notwendigen Schritte ergriffen werden, um indigene Bergbaueegner/innen vor Gewalt zu schützen.
- › Es muss sichergestellt werden, dass die freie, vorausgehende und informierte Zustimmung (free, prior, and informed consent) betroffener indigener Gemeinden eingeholt wird, bevor Lizenzen für Bergbauprojekte auf deren Ahnenland erteilt werden.
- › Alle Übergriffe auf unabhängige indigene Schulen sowie deren Lehrkräfte und Schüler/innen müssen untersucht und die Täter/innen zur Rechenschaft gezogen werden.
- › Die Philippinen sollen das Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern (ILO 169) ratifizieren.

- › Die philippinische Regierung muss nachdrücklich aufgefordert werden, die im Rahmen des UPR Verfahrens abgegebenen Empfehlungen umzusetzen.
- › Bi- und multilaterale Menschenrecht dialoge müssen konsequent genutzt werden, um die philippinische Regierung zur Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards anzuhalten.
- › Durch Prozessbeobachtung von Gerichtsverfahren in Fällen der Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger/innen muss überprüft werden, ob prozessuale Mindeststandards eingehalten werden, deren Befolgung gegebenenfalls angemahnt werden muss.

GETÖTETE MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER/INNEN UND JOURNALIST/INNEN

VOM 01. MAI 2012 BIS 20. SEPTEMBER 2016

Name	Datum	Ort	Vermuteter Hintergrund	Zugehörigkeit des Opfers	Mutmaßliche Täter (wenn bekannt)
Francisco „Mano Francino/Ansing“ Canayong	01.05.2012	Salcedo, Eastern Samar, Region VIII	Bergbau	Präsident der Integrated Upland Farmers Association of Salcedo, Mitglied der Carapdapan Land Owners Association, Mitglied der Samar Island Partnership for Peace and Development, Gemeindeführer der Social Action of Eastern Borongan	Unbekannt, Canayong erhielt vor seinem Tod Todesdrohungen von einem Mitarbeiter des lokalen Bergbauunternehmens
Frederick Trangia	06.05.2012	Nabunturan, Compostela Valley, Region XI	Bergbau	Vorsitzender des Bgy. Council Committee for the Environment, Vizepräsident der Mainit National Park Conservation Society	Zwei unbekannte Bewaffnete
Nestor Libaton	08.05.2012	Mati City, Davao Oriental, Region XI	Journalist	Moderator der Catholic DXHM Radio Show	Zwei unbekannte Bewaffnete
Margarito Cabal	09.05.2012	Palma Kibawe, Bukidnon, Region X	Landrechte (Staudamm zur Stromgewinnung)	Mitarbeiter der Bezirksregierung, Mitglied der Save Pulangi Alliance	Unbekannt, vor seinem Tod war Cabal vom Militär überwacht worden
Ernesto Gulfo	30.05.2012	Malabon City, Region NCR	Urbane Armut, Wohnrechte	Vorsitzender des Alyansa Kontra-Demolisyon Malabon Ortsverbandes	Unbekannt
Moises C. Fuentes	16.06.2012	Maramag, Bukidnon, Region X	Landrechte, Bauernrechte	Mitglied des Human Rights Defenders Pilipinas – Bukidnon Ortsverbandes, Anführer der Kuya Christian Farmers Association	Fuentes Name erschien auf einer Todesliste unbekannter Herkunft
Venecia Natinga Nestor	19.06.2012	Kapatagan, Lanao del Norte, Region X	Landrechte, Bauernrechte	Ehemalige Vorsitzende des Barangay Agrarian Reform Council	Rolando Hecera, Leitender Polizeibeamter
Totong Mabinsi	22.06.2012	Laak, Compostela Valley, Region XI	Indigenenrechte	Mitglied von KATRIBU, Dorfpolizist	Mitglieder des 60. Infanteriebataillons
Romualdo Palispis	30.06.2012	María Aurora, Aurora, Region III	Landrechte, politische Rechte	Mitglied der Justice and Peace Action Group of Aurora (JPAG), Einberufer der Task Force “Do Not Divide Maria Aurora”, Assistent der Commission on Elections	Zwei Schützen, mutmaßlich im Auftrag von Staatsbediensteten
Willem Geertmann	03.07.2012	Angeles City, Pampanga, Region III	Bergbau, Landrechte	Vorsitzender der Alay Bayan Inc., Vorstandsmitglied des Citizen’s Disaster Response Network (CDRN)	Marvin Marzan steht als Täter vor Gericht, aber die Drahtzieher werden in Militärkreisen vermutet
Arnolfo „Junjun“ Vafior Jr.	09.07.2012	Toboso, Negros Occidental, Region XVIII	Landrechte, Bauernrechte	Mitglied der sugar workers federation (PSK)	Mitglieder der paramilitärischen Gruppe RPA-ABB, die mit der AFP zusammenarbeitet
Marilou „Malou“ Valle	22.07.2012	Tondo, Manila, Region NCR	Urbane Armut	Präsidentin der Samahan sa Sitio Damayang Nananambakan – Kadamay	Benjamin und Raffy Tejas und barangay tanods (Hilfspolizisten)
Merlyn Diones Bernas, Gerald Oreza	07.08.2012	Labo, Camarines Norte, Region V	Untersuchungen gegen das Militär	Malaya Ortsvorsteherin und befreundetes Kind	Mitglieder der 9. Infanteriedivision der AFP
Jordan Manda	04.09.2012	Bayog, Zamboanga del Sur, Region IX	Bergbau, Abholzung, Indigenenrechte	Sohn des Bergbau-/Abholzungsgegners Timuay Locencio Manda	Unbekannt
Genesis/Jenesis Ambason	13.09.2012	San Luis, Agusan del Sur, Region XIII	Indigenenrechte, Landrechte, Bergbau	Generalsekretär von Tagdumahan	Mitglieder des 26. Infanteriebataillons der AFP
Gilbert Paborada	03.10.2012	Cagayan de Oro City, Misamis Oriental, Region X	Landrechte (Palmölplantage), Indigenenrechte	Vorsitzender von Pangalasang	Sicherheitsleute der A. Brown Company
Datu Erning Mantugohan	10.10.2012	San Fernando, Bukidnon, Region X	Bergbau, Indigenenrechte		Mitglieder von örtlicher SCAA und der paramilitärischen Gruppe NIPAR
Juvy Capion, John Capion, Jordan/Pap/Jorge Capion	18.10.2012	Kiblawan, Davao del Sur, Region XI	Bergbau, Indigenenrechte	Mitglied von Kalgad und ihre Kinder	Mitglieder des 27. Infanteriebataillons der AFP
Ramirez Isdang	18.10.2012	Davao City, Region XI	Bauernrechte, Indigenenrechte	Mitglied der Paquibato District Peasants Alliance	Zeugen sahen Isdang in Gewahrsam des Militärs bevor er tot aufgefunden wurde
Carlo Magbulos	29.10.2012	Currimaog, Ilocos Norte, Region I	Bauernrechte, Arbeitsrechte, politische Rechte	Mitglied von Anakpawis	Mitglieder des 81. Infanteriebataillons
Julius Ceasar Cauzo	08.11.2012	Cabanatuan City, Nueva Ecija, Region III	Journalist	Politischer Kommentator bei dwjJ 684	Unbekannt
Ely M. Oguis	11.11.2012	Guinobatan, Albay, Region V	Bauernrechte	Mitglied der Albay People’s Organization, Mitglied von Anakpawis, Gemeinderatsmitglied	Oguis wurde zuletzt in Begleitung von Soldaten gesehen
Rolando Quijano	07.12.2012	San Miguel, Zamboanga del Sur, Region IX	Bergbau, Abholzung	Mitglied der Alliance of Farmers Union in Zamboanga Del Sur (AFUZS)	Mitglieder des 53. Infanteriebataillons
Cheryl Ananayo, Randy Nababay	07.12.2012	Didipio, Nueva Vizcaya, Region II	Bergbau	Mitglied der Didipio Earthsavers’ Multipurpose Association (Desama) und der Mann ihres Cousins	Mitarbeiter der Oceana Gold Philippines Inc., mit der beide Opfer Streit um Land hatten
Victoriano Embang	29.12.2012	Isabela, Negros Occidental, Region NCR	Landrechte	Präsident der Maria Cecilia Farmworkers Association (Macfawa), Anführer von Partido ng Manggagawa	Unbekannt, Embang war vor seinem Tod von den Angestellten eines lokalen Großgrundbesitzers bedroht worden
Edgardo Adajar, Rolando Leonardo	02.01.2013	San Pablo, Laguna, Region IV-A	Journalist	Radiokommentator und Stadtrat und sein Leibwächter	Unbekannt

Name	Datum	Ort	Vermuteter Hintergrund	Zugehörigkeit des Opfers	Mutmaßliche Täter (wenn bekannt)
Emilio Rivera	25.01.2013	Davao City, Region XI	Korruption, Arbeitsrechte	Ehemaliger Vorsitzender der Matina Aplaya Transport Cooperative (MATRANSCO), Mitglied der Alliance of Progressive Labour (APL)	Unbekannt
Dexter Condez	22.02.2013	Malay, Aklan, Region VI	Indigenenrechte, Landrechte	Sprecher der Boracay Ati Tribe Organization	Daniel Celestino, Wachmann eines lokalen Luxushotels
Cristina Jose	04.03.2013	Baganga, Davao Oriental, Region XI	Katastrophenhilfe, Untersuchungen gegen das Militär, politische Rechte	Gemeinderatsmitglied, Mitglied von Bayan Muna, Anführerin von Barug Katawhan	Unbekannt, Jose wurde vor ihrem Tod vom Militär als NPA-Mitglied denunziert
Pablito Egildo	23.04.2013	Calamba City, Laguna, Region IV-A	Landrechte	Anführer von Kaisahan at Samahan ng mga Mamamayan sa Canlubang (Kasamaka)	Unbekannt
Dionesio Manos	12.05.2013	Bayog, Zamboanga del Sur, Region IX	Indigenenrechte, urbane Armut	Mitglied von BAUSO, Mitglied von Kadamay	Unbekannt
Eddie Cañon	25.05.2013	Mawab, Compostela Valley, Region XI	Bauernrechte, Arbeitsrechte, politische Rechte	Koordinator von Anakpawis	Unbekannt
Miguelito „Mike“ Rueras	02.06.2013	Pio V. Corpuz, Masbate, Region V	Journalist	Freier Korrespondent beim dyDD El Nuevo Bantay Radyo	Unbekannt
Sonny Boy Planda	28.06.2013	Kiblawan, Davao del Sur, Region XI	Bergbau, Indigenenrechte	Schwiegersonn von Blaam Stammesführer Anting Freay	Mitglieder der Task Force KITACO
Antonio “Dodong” Petalcorin	02.07.2013	Davao City, Region XI	Korruption, Arbeitsrechte	NETO-NCTU-APL	Unbekannt, Petalcorin wurde vor seinem Tod vom Militär als NPA-Mitglied denunziert
Alimudin P. Lucman	18.07.2013	Cotabato City, Region XII	Arbeitsrechte	Präsident der Notre Dame Village Operators and Drivers Association (NDVODA), NCTU-Repräsentant	Unbekannt
Bonifacio Loreto, Richard Kho	30.07.2013	Quezon City, Region NCR	Journalisten	Ehemalige Journalisten für Aksyon Ngayon Newspaper	Clemente Bersosa und Roel Manaog, vermutlich Auftragsmörder
Mario Sy	01.08.2013	General Santos, Region XII	Journalist	Freier Mitarbeiter beim Sapol News Bulletin	Jerry Intoman, der in Drogenhandel verwickelt sein soll, über den Sy berichtete
Anting Freay, Victor Freay	23.08.2013	Kiblawan, Davao del Sur, Region XI	Bergbau, Indigenenrechte	Blaam Stammesführer und sein Sohn	Task Force KITACO und Mitglieder des Militärs des 39. und 1002. Infanteriebataillons der AFP
Greg Magusara	25.08.2013	Iloilo City, Region VI	Urbane Armut	Mitglied von Kaisog	Beamte der Regional Special Operation Group (REGSOG)
Fernando „Nanding“ Solijon	29.08.2013	Iligan City, Region X	Journalist	DxLS Love Radio	P.J. Capangpangan, Polizeibeamter
Vergel Bico	04.09.2013	Calapan City, Mindoro Oriental, Region IV-B	Journalist	Kalahi Newspaper	Unbekannt
Benjie Planos	13.09.2013	Loreto, Agusan del Sur, Region XIII	Bauernrechte, Landrechte	Anführer von Kahugpungan Alang sa Kalambuan (KASAKA)	Mitglieder des 26. Infanteriebataillons und einer lokalen Miliz
Manhiloy Mantog	18.09.2013	Loreto, Agusan del Sur, Region XIII	Bauernrechte, Landrechte, Indigenenrechte	Mitglied von Kahugpungan Alang sa Kalambuan (KASAKA)	Mitglieder des 26. Infanteriebataillons und einer lokalen Miliz
Gabriel Alindao	10.10.2013	Loreto, Agusan del Sur, Region XIII	Bauernrechte, Landrechte, Indigenenrechte	Anführer von Kahugpungan Alang sa Kalambuan (KASAKA)	Mitglieder des 26. Infanteriebataillons und einer lokalen Miliz
Jesus „Jessie“ Tabanao	14.10.2013	Cebu City, Region VII	Journalist	Radiomoderator bei dyRC Cebu 648, Mitglied von Kapisanan ng mga Brodkaster ng Pilipinas (KBP), Öffentlichkeitsreferent der Philippine Drugs Enforcement Agency (PDEA)	Unbekannt
Elisa Lascoña Tulid	29.10.2013	San Andres, Quezon, Region IV-A	Landrechte	Anführerin der Bauerngruppe Samahan ng Magsasaka sa Baran-gay Tala at Camflora	Rannie Bugnot, Mitarbeiter eines lokalen Großgrundbesitzers
Dennis dela Cruz	31.10.2013	Tarlac City, Tarlac, Region III	Landrechte	Mitglied von Alyansa ng Mag-bubukid sa Asyenda Luisita (AMBALA)	Wachleute der Tagum Agricultural Development Company (TADECO)
Wellington Brogada Jr.	11.11.2013	Juban, Sorsogon, Region V	Politische Rechte, Untersuchungen gegen das Militär	Mitglied von Bayan Muna, Mitglied eines Untersuchungsvorhabens für Militäroperationen	Unbekannt
Joas Dignos	29.11.2013	Valencia, Bukidnon, Region X	Journalist	Moderator einer politischen Show bei DXGT Radio Abante	Unbekannt
Rolen Langala	01.12.2013	Opol, Visamis Oriental, Region X	Landrechte (Palmölplantage), Indigenenrechte	Mitglied von Pangalasang	Nestor Bahian, Eugene Papin und Ramil Salvan, Lokalpolitiker
Pedro Tinga	06.12.2013	Maco, Compostela Valley, Region XI	Bergbau, Indigenenrechte, Landrechte, Katastrophenhilfe	Mitglied von Tindug Kautawan, Stammesführer	Mitglieder des 71. Infanteriebataillons der AFP
Rogelio Butalid	11.12.2013	Tagum City, Davao del Norte, Region XI	Journalist	Tagum City’s 107.9 FM Radyo Natin	Mitglieder der Todesschwadron von Tagum City
Marcelo Monterona Jr.	03.01.2014	Maco, Compostela Valley, Region XI	Katastrophenhilfe, Bauernrechte, Landrechte	Ratsmitglied von Indug Katawhan	Mitglieder des 71. Infanteriebataillons der AFP
Arman Padiño	12.01.2014	Porac, Pampanga, Region III	Landrechte		Sicherheitsleute der Leonardo Lachenal Leonio Holdings, Inc. (LLL)

Name	Datum	Ort	Vermuteter Hintergrund	Zugehörigkeit des Opfers	Mutmaßliche Täter (wenn bekannt)
Datu Rolando Ambongan	31.01.2014	Buenavista, Agusan del Norte, Region XIII	Bergbau, Indigenenrechte	Mitglied von Katribu	Eddie Ampiwawan, welcher Anführer einer lokalen Miliz, die mit dem 29. Infanteriebataillons der AFP zusammenarbeitet
Julieto Lauron	05.02.2014	Valencia City, Bukidnon, Region X	Bauernrechte	Vorsitzender von Kahugpungan sa mga Mag-uuma (Kasama)	Mitglieder des 8. Infanteriebataillons der AFP
Sixto V. Bagasala Jr.	15.02.2014	Malabon City, Region NCR	Urbane Armut, Wohnrechte	Organisator des Kilos Maralita Institute for Popular Democracy	Unbekannt
Rosaldo Rayteran, Rasty Rayteran	26.02.2014	Libon, Albay, Region V	Bürgerrechte, politische Rechte	Koordinator der Albay People's Organization und sein Sohn	Unbekannt
Licuben, Freddie „Fermin“ and Eddie Ligiw	02. – 07.03.2014 (zuletzt gesehen/ tot aufgefunden)	Licuan-Baay, Abra, Region CAR	Bergbau, Jugendrechte, Indigenenrechte	Kakaillian Salakniban Tay Amin ti Nagtaudan (Kastan), Cordillera Peoples' Alliance (CPA), und Anakbayan	Mitglieder des 41. Infanteriebataillons der AFP
Romeo Capalla	15.03.2014	Oton, Iloilo, Region VI	Fair Trade	Geschäftsführer von PFTC, Mitbegründer von SELDA	Mitglieder der paramilitärischen Gruppe RPA-ABB, die mit der AFP zusammenarbeitet
Ruel Egkil	23.03.2014	Makilala, North Cotabato, Region XII	Bauernrechte	Bantay Bukid	Mitglieder des 57. und 10. Infanteriebataillons der AFP
William Bugatti	25.03.2014	Kiangan, Ifugao, Region CAR	Bauernrechte, Bürgerrechte, politische Rechte	Regionalratsmitglied der Cordillera Human Rights Alliance-KARAPATAN, Regionalratsmitglied der Cordillera Peoples' Alliance, Koordinator von Bayan Muna	Unbekannt, Bugattis Name stand auf einer Zielliste des 86. Infanteriebataillons der AFP
Rubylita/Robelita Garcia		Bacoor, Cavite, Region IV-A	Journalist	Präsidentin der Confederation of Active Media Practitioners Organization, Reporterin für Remate, Kommentatorin bei dwAD radio	Conrado Villaneuva, Mitglied der Polizei
Richard Najid/Nadjid/Najib	30.04.2014	Bongao, Tawi-Tawi, Region ARMM	Journalist	Leitender Direktor des dxNN PowerMix FM	Unbekannt
Menelao „Boy“ Barcia	02.05.2014	Porac, Pampanga, Region III	Landrechte	Amtsinhaber bei Alyansa ng Nagkakaisang Mamamayan ng Hacienda Dolores (Aniban)	Unbekannt
Ernel Wata Tadyan	07.05.2014	Malita, Davao Occidental, Region XI	Bergbau	Mitglied des Church People's Advocacy for the Integrity of God's Creation (CPAIGC) Malita Ortsverbandes	Mitglieder des 73. Infanteriebataillons der AFP
Tony Bago	20.05.2014	Malita, Davao Occidental, Region XI	Bergbau, Landrechte (Bananenplantage), Indigenenrechte	Vorsitzender von Pigsambukan	Mitglieder des 73. Infanteriebataillons der AFP
Samuel Oliverio	23.05.2014	Digos, Davao del Sur, Region XI	Journalist	Radyo Ukay dxDS	Unbekannt
Dionisio Garete	28.05.2014	Janiuay, Iloilo, Region VI	Fair Trade, Bauernrechte	Mitglied von Katilingban sang mga Mangunguma sa Dabong (Kamada)	Mitglieder der paramilitärischen Gruppe RPA-ABB, die mit der AFP zusammenarbeitet
Nilo Baculo Sr.		Calapan, Mindoro Oriental, Region IV-B	Journalist	Nachrichtensprecher bei dwIM Radyo Mindoro	Unbekannt
Flaviano Morales	13.06.2014	Asuncion, Davao del Norte, Region XI	Politische Rechte	Mitarbeiter von Bayan Muna	Unbekannt, Morales war seinem Tod mehrfach vom Militär verhört worden
Rusin Sarrento-Le-gaspi	29.06.2014	Tubay, Agusan del Norte, Region XIII	Bauernrechte	Mitglied von UMAN, Mitglied der Rizalian Association of Mercy, Inc.	Mitglieder der AFP
Nathaniel Bacolod, Junmer Paraon, Susan Mamaril	10.07.2014	Rodriguez, Rizal, Region IV-A	Urbane Armut	Mitglieder von Anakbayan, Kadamay, Gabriela	Unbekannt
Edgardo Lopez	11.07.2014	Daraga, Albay, Region V	Bauernrechte	Anführer der Albay's Bicol Coconut Planters Association, Inc. (BCPAI)	Mitglieder des 901. Infanteriebataillons der AFP
Gregorio Galacio	19.07.2014	New Bataan, Compostela Valley, Region XI	Politische Rechte		Mitglieder der AFP
Gildegardo Hernandez	06.08.2014	Candelaria, Quezon, Region IV-A	Katastrophenhilfe, Bauernrechte	Anführer der Bauernorganisation Pamatid-CQ	Unbekannt
Armando Campos (y Adlawan)	09.08.2014	San Fransico, Agusan del Sur, Region XIII	Landrechte, Indigenenrechte		Anecito Ortiz, Mitarbeiter der Filipinas Palmoil Plantations, Inc. (FPPI)
Datu Roger Alaki	10.08.2014	La Paz, Agusan del Sur, Region XIII	Bergbau, Landrechte, Indigenenrechte	Stammesführer	Mitglieder der paramilitärischen Bagani Force
Marcel Lambon	14.08.2014	Impasugong, Bukidnon, Region X	Landrechte (Palmölplantage), Indigenenrechte	Ratsmitglied von IGYAYUNGAAN	Mitglieder einer lokalen SCAA-Einheit
Salcinita Manlapinding, Oto Precioso	15.08.2014	San Luis, Agusan del Sur, Region XIII	Landrechte, Bergbau, Indigenenrechte	Mitglied von TAGDUMAHAN und ihr Neffe	Mitglieder einer CAFGU-Einheit

Name	Datum	Ort	Vermuteter Hintergrund	Zugehörigkeit des Opfers	Mutmaßliche Täter (wenn bekannt)
Jefferson A. Custodio	23.08.2014	Carigara, Leyte, Region VIII	Katastrophenhilfe, Bauernrechte	Mitglied der Municipal Farmers Association in Carigara (MUFAC)	Unbekannt, Custodio war vor seinem Tod vom Militär bedroht worden
Rodolfo Felicio	24.08.2014	Taytay, Rizal, Region IV-A	Menschenrechtsanwalt	Mitglied der National Union of Peoples' Lawyers (NUPL)	Unbekannte Bewaffnete
Vincente Hugo	25.08.2014	Uson, Masbate, Region V	Landrechte, Bauernrechte	Masbate Vorsitzender der Bicol Coconut Planters Association, Inc. (BCPAI), Dorfvorsteher	
Librado Adoptante Sr.	26.08.2014	Baao, Camarines Sur, Region V	Politische Rechte	Bayan Muna Koordinator in Baao	Unbekannt, Adoptante war vor seinem Tod vom Militär bedroht worden
Fidela “Delle” Bugarin Salvador	05.09.2014	Lacub, Abra, Region CAR	Katastrophenhilfe	Mitarbeiterin der Cordillera Disaster Response and Development Services (CorDisRDS)	Mitglieder der AFP
Fausto Orasan („Datu Sandigan“)	13.09.2014	Cagayan de Oro, Region X	Bergbau, Abholzung, Indigenenrechte	Unterstützer des örtlichen Environment Office	Unbekannt
Bernardo Clarion, Sr.	01.10.2014	Davao City, Region XI	Bauernrechte	Mitglied der Farmer's Association in Davao City (FADC)	Unbekannt
Lencio Arig	02.10.2014	South Upi, Maguindanao, Region ARMM	Landrechte, Indigenenrechte	Stammesführer und Anführer der Timuay Justice and Governance	Unbekannt
Rolando and Juda/Felix Dagansan	12.10.2014	New Bataan, Compostela Valley, Region XI	Bauernrechte	Mitglieder von Nagkahiusang Mag-uuma sa New Bataan (NAMANEBA)	Mitglieder des 66. Infanteriebataillons der AFP
Henry Alameda	24.10.2014	Lianga, Surigao del Sur, Region XIII	Bergbau, Landrechte, Indigenenrechte	Ratsmitglied von Malahutayong Pakigbisog Alang sa Sumusunod (Mapasu)	Mitglieder der AFP und der paramilitärischen Gruppe Magahat Bagani
Aldren Dumaguít	24.10.2014	Prosperidad, Agusan del Sur, Region XIII	Indigenenrechte, Bauernrechte	Mitglied von NAMASUR, Sohn des Dorfvorstehers	Wayway Belandres, Mitglied der paramilitärischen Gruppe Magahat Bagani
Fil/Phil John Poloyapoy	01. – 03.11.2014 (zuletzt gesehen/ tot aufgefunden)	Rosario, Agusan del Sur, Region XIII	Bauernrechte	Mitglied von NAMASUR	Mitglieder des 75. Infanteriebataillons der AFP
Rolando Pango/Panggo	29.11.2014	Binalbagan, Negros Occidental, Region NIR	Landrechte	Organisator von Partido Manggagawa, Ansprechpartner für die Mitglieder der Hacienda Salud Farm Workers Association (HASAFAWA)	Unbekannt, Pango war vor seinem Tod von Sicherheitskräften eines lokalen Großgrundbesitzers bedroht worden
Necasio „Angis“ Precioso Sr.	22.12.2014	San Luis, Agusan del Sur, Region XIII	Landrechte, Indigenenrechte	Stammesführer	Mitglieder des 26. Infanteriebataillons der AFP
Jose Alimboyong	10.02.2015	San Miguel, Surigao del Sur, Region XIII	Bergbau, Indigenenrechte	Mitglied von TIPJUNGAN	Unbekannt
Teresito „Sito“ Mula Labastilla	28.02.2015	Maramag, Bukidnon, Region X	Indigenenrechte, Landrechte	Ehemaliger Geistlicher und Berater der Bukidnon Agrarian Reform and Agri-Business Multipurpose Association (BARAMA)	Unbekannt
Agapito P. Silva	03.02.2015	Calauan, Laguna, Region IV-A	Bauernrechte, Landrechte	Ehemann der Präsidentin der Bauernorganisation “Pesante”	Mitglieder der Polizei
Florencio “(Ka) Bong” Romano	07. – 08.03.2015 (zuletzt gesehen/ tot aufgefunden)	Batangas City, Batangas, Region IV-A	Arbeitsrechte	Regionaler Koordinator der Organized Labor Association in Line Industries and Agriculture, Freiwilliger Helfer der National Coalition for the Protection of Workers' Rights (NCPWR)	Mitglieder der philippinischen Luftwaffe
Virgilio Leotorco	16.03.2015	Roxas, Isabela, Region II	Landrechte	Mitglied von Agbiag Matusalem Roxas Isabela-Danggayan Dagiti Mannalon iti Isabela (Amari-Dagami)	Unbekannt
Mabini „Tata“ Beato/Baito	24.03.2015	Quezon, Bukidnon, Region X	Landrechte, Indigenenrechte	Mitglied der Tribal Indigenous Oppressed Group Association (Tindoga)	Sicherheitsleute eines lokalen Großgrundbesitzers
Frenie Ganancia Landasan	28.03.2015	Cabanglasan, Bukidnon, Region X	Indigenenrechte, Landrechte	Vorsitzender der Higaonon Tribal Association	Mitglieder der paramilitärischen Gruppe Dela Mance, die mit der AFP zusammenarbeitet
Melinda “Mei” Magsino	13.04.2015	Batangas City, Batangas, Region IV-A	Ehemalige Journalistin	Ehemalige Korrespondentin des Inquirer	Unbekannt
Blemer “Bobong” Mondejar	19.04.2015	La Paz, Agusan del Sur, Region XIII	Bürgerrechte, politische Rechte, Indigenenrechte	Mitglied der Kahogpungan sa Lumadnong Organisasyon (KASALO)	Unbekannt, Mondejar hatte vor einem Tod wiederholt abgelehnt, der paramilitärischen Gruppe Magahat Bagani beizutreten
Luis Carbajosa	28.04.2015	Mabini, Compostela Valley, Region XI	Bauernrechte, Landrechte	Vorsitzender von HUMABIN	Mitglieder der AFP
Benilda Santos	22.05.2015	Quezon City, Region NCR	Urbane Armut	Anführerin der Kalipunan ng Damayang Mahihirap (Kadamay) in ihrer Gemeinde	Hilfspolizist

Name	Datum	Ort	Vermuteter Hintergrund	Zugehörigkeit des Opfers	Mutmaßliche Täter (wenn bekannt)
Endric „Bayoto“ Calago, Rosalie Calago	24.05.2015	Guihulngan, Negros Oriental, Region NIR	Bauernrechte, Frauenrechte	Vize-Vorsitzender von Kaugmaon, Mitglied von Gabriela, Gesundheitspersonal, Mitglieder des Roten Kreuz	Mitglieder des 11. Infanteriebataillons der AFP
Alberto Miranda	25.05.2015	Cabanatuan, Nueva Ecija, Region III	Abholzung	Mitglied der reaktivierten Provincial Task Force on Anti-Illegal Logging	Unbekannt
Datu Ruben Enlog, Randy Lavarcon Carnasa, Oligario Quimbo	14.06.2015	Davao City, Region XI	Indigenenrechte, Bauernrechte	Vorsitzender von Nagkahiusang Lumad sa Paquibato (United Lumad of Paquibato) und der Paquibato District Peasant Alliance (PADIPA), Bruder, Freund	Mitglieder des 69. Infanteriebataillons der AFP
Felix Jr. „Ricky“ Basig	25.06.2015	Baganga, Davao Oriental, Region XI	Katastrophenhilfe, Indigenenrechte	Mitglied von Barug Katawhan (People Rise)	Mitglieder des 67. Infanteriebataillons der AFP
Jel Ahing	19.07.2015	Cabanglasan, Bukidnon, Region X	Bürgerrechte, politische Rechte, Indigenenrechte	Mitglied von KASAMA Bukidnon	Sammy Diwangan, Emboy Gayao und weitere Mitglieder der paramilitärischen Gruppe Almara
Arnel Morada	08.08.2015	Jose Panganiban, Camarines Norte, Region V	Politische Rechte	Koordinator von Anakpawis in Camarines Norte	Unbekannt
Joel Gulmatico	18.08.2015	Arakan, North Cotabato, Region XII	Bauernrechte	Vorsitzender der Arakan Peasant Progressive Organization (APPO)	Unbekannt
Teodoro „Ka Tudyoy“ Escanilla	19.08.2015	Barcelona, Sorsogon, Region V	Bürgerrechte, politische Rechte	Karapatan, Radio DZMS	Mitglieder des 31. Infanteriebataillons der AFP
Gregorio „Loyloy“ Ybanez	19.08.2015	Tagum City, Davao del Norte, Region XI	Journalist	Herausgeber der Kabuhayan News Services und Präsident des Davao Del Norte Press and Radio-TV Club	Unbekannt
Cosme Maestrado	27.08.2015	Ozamiz, Misamis Occidental, Region X	Journalist	Sprecher bei Radio dxOC	Unbekannt
Emerito Samarca, Dionel Campos, Bello/Juvello Sinzo	01.09.2015	Liangá, Surigao del Sur, Region XIII	Indigenenrechte, Landrechte	Geschäftsführer von ALCADDEV, Vorsitzender von MAPASU und dessen Cousin	Bobby Novero Tejero, Loloy Novero Tejero, Margarito Tejero Layno und andere Mitglieder der paramilitärischen Gruppe Magahat Bagani
Jude Erwin Alaba	01.09.2015	Baler, Aurora, Region III	Landrechte, politische Rechte	Richter am Regional Trial Court Baler	Unbekannt
Jun „Obet“ Pabiana	15.09.2015	Malaybalay, Bukidnon, Region X	Bergbau, Landrechte, Indigenenrechte	Mitglied von Tagdumahan	Mitglieder der paramilitärischen Gruppe Dela Mance
Roger Vargas, Lucila Vargas	19.09.2015	San Jose del Monte, Bulacan, Region III	Landrechte	Nagkakaisang Magsasaka sa San Isidro (NAG-KAISA), Alyansa ng Magbubukid ng Bulakan	Unbekannt, vor ihrem Tod hatte das Paar Streit mit den Sicherheitsleuten eines lokalen Großgrundbesitzers
Lito Abion	28.09.2015	San Luis, Agusan del Sur, Region XIII	Bergbau, Landrechte, Indigenenrechte	Mitglied von Tagdumahan	Unbekannt
Mankombate/Mankombete/Mankombite Mariano	27.10.2015	Cabanglasan, Bukidnon, Region X	Landrechte, Indigenenrechte		Mitglieder der paramilitärischen Gruppe Dela Mance
Jose Bernardo	31.10.2015	Quezon City, Region NCR	Journalist	Reporter für Radio dwlZ und dwBL, und Kolumnist bei Bandera Pilipino	Unbekannt
Datu Manliro Landahay	07.11.2015	Talaingod, Davao del Norte, Region XI	Landrechte, Indigenenrechte	Ratsmitglied von Salugpungan Ta Tanu Igkangnugon	Donato Salangani und Maninggo Salangani, Mitglieder der paramilitärischen Gruppe Alamara
Quintín „Ting“ San Diego	07.11.2015	Dingalan, Aurora, Region III	Bürgerrechte, politische Rechte, Landrechte	Gründer der Movement Against Dynasties (MAD), Einberufer der People's Coalition against the PDAF vom 26. August	Unbekannt
Nelbert “Boboy” Esguiran	08.11.2015	Enrique B. Magalona, Negros Occidental, Region NIR	Umweltschutz	Präsident von United Canlusong Upland Reforestation and Development	Unbekannt
Ricky Peñaranda	11.01.2016	Mati City, Davao Oriental, Region XI	Bauernrechte, Landrechte	Vorsitzender der Fisherman Landless Association, Mitglied von Indug Kautawan	Unbekannt
Christopher Matibay	18.01.2016	Baganga, Davao Oriental, Region XI	Katastrophenhilfe, Indigenenrechte	Anführer der Taifun-Überlebendengruppe Barug Katawhan	„Mike“, Nachrichtenoffizier der AFP
Teresita Navacilla	27.01.2016	Pantukan, Compostela Valley, Region XI	Bergbau	Einberuferin der Save Pantukan Movement, Vorsitzende von Purok Bardown	Unbekannt
Alejandro Laya-og	07.02.2016	Maragusan, Compostela Valley, Region XI	Bauernrechte, Landrechte	Gründer/Mitglied von Kahugpong sa Mag-uuma sa Magcagong (Kamama)	Unbekannt, Laya-og war vor seinem Tod vom Militär als NPA-Kämpfer denunziert worden
Elvis Banggoy Ordaniza	16.02.2016	Pitogo, Zamboanga del Sur, Region IX	Journalist	Sprecher bei dxWO Power 99 FM, ehemaliges NPA-Mitglied	Unbekannt
Darwin Sulang	01.04.2016	Kidapawan, Cotabato, Region XII	Katastrophenhilfe, Indigenenrechte	Mitglied von Tinananon Kulamanon Lumadnong Panaghuisa sa Arakan (TIKULPA)	Sulang wurde während der gewaltsamen Auflösung eines Protestes erschossen, vermutlich von Polizei oder Militär

Name	Datum	Ort	Vermuteter Hintergrund	Zugehörigkeit des Opfers	Mutmaßliche Täter (wenn bekannt)
Rolan Lonin Casiano	27.04.2016	Ragay, Camarines Sur, Region V	Bauernrechte, politische Rechte	Aktivist für Makabayan, Mitglied der Camarines Sur 1st District People's Organization	Mitglieder des 49. Infanteriebataillons der AFP
Emil Go	29.04.2016	Palapag, Northern Samar, Region VIII	Bürgerrechte, politische Rechte	Ehemaliges Mitglied der Menschenrechtsgruppe Katungod	Unbekannt
Maria Myrna Cayag	07.05. –	Monkayo, Compostela Valley, Region XI	Bauernrechte	Vorsitzende der Monkayao Farmers Association (Mofa), Mitglied der Binulig Cooperative	Unbekannt
Alex Balcoba	27.05.2016	Quiapo, Manila, Region NCR	Journalist	Kolumnist der People's Brigada, Funktionär des Manila Police District Press Corps.	Unbekannt
Gloria Capitan	01.07.2016	Mariveles, Bataan, Region III	Umweltschutz (Kohlelager)	Anführerin der Coal-Free Bataan Movement und Präsidentin der United Citizens of Lucanin Association	Unbekannt
Remar Mayantao, Rogan Suminao, Senon Nacaytuna	12.07.2016	Sumilao, Bukidnon, Region X	Landrechte, Indigenenrechte	Mitglieder der Sitio Inalsahan Indigenous People Organization	Wachmänner der Tagbani Security Agency, angestellt durch RamCar Inc.
Hermie Alegre, Danny Diarog	15.07.2016	Davao City, Region XI	Landrechte, Indigenenrechte	Präsident der Parent-Teacher-Community Association, Stammesführer und Vorsitzender von Kahugpungan sa mga Lumad	Mitglieder des 84. Infanteriebataillons und der paramilitärischen Gruppe Alamara
Jerry „Dandan“ Layola	12.08.2016	San Luis, Agusan del Sur, Region XIII	Bergbau, Abholzung, Indigenenrechte	Mitglied von Tagdumahan (Katribu)	Unbekannt
Jimmy Mapinsahan Barosa	12.08.2016	San Luis, Agusan del Sur, Region XIII	Bergbau, Abholzung, Indigenenrechte	Mitglied von Tagdumahan (Katribu)	Unbekannt
Elijo Barbado, Gaudecio Bagalay, Emerencia dela Rosa, Violeta Mercado	03.09.2016	Laur, Nueva Ecija, Region III	Landrechte	ALMANA 3100	Unbekannt
Ariel Diaz	07.09.2016	Delfin Albano, Isabela, Region II	Bauernrechte, Landrechte	Vorsitzender von Danggayán Dagiti Mannalon ti Isabela (DAGAMI), Koordinator von Unyon ng Manggagawa sa Agrikultura (UMA), Anführer der Inter-municipal Peasant Alliance Against Foreign Landgrabbing in Isabela	Unbekannt
Arnel Figueroa		Coron, Palawan, Region XVII	Landrechte	Örtlicher Anführer von Pesante	Sicherheitsleute im Dienst des Bureau of Animal Industry (BAI)

DISCLAIMER

Diese Auflistung beinhaltet 170 Journalist/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen, die in 144 separaten Übergriffen zwischen dem 01. Mai 2012 und dem 20. September 2016 in den Philippinen getötet wurden. Gelegentlich sind auch Angehörige oder Unbeteiligte aufgenommen worden, wenn sie im Zuge eines solchen Attentats ums Leben kamen. Unsere Klassifizierung des Begriffes „Menschenrechtsverteidiger/in“ folgt dabei der Definition des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR)⁵⁵. Es wurden nur Fälle aufgenommen, in denen der Tod des Opfers bestätigt werden kann. Fälle von Zwangsverschleppungen und gewaltsamem Verschwindenlassen sind somit ausgenommen. Unsere Informationen stammen größtenteils aus öffentlich zugänglichen Quellen, meist lokale Menschenrechtsorganisationen und seriöse Medienberichte. Bei allen Fällen liegt eine Verbindung zur Tätigkeit des Opfers nahe. Die Spalte „Vermuteter Hintergrund“ zeigt auf, auf welche Aktivitäten des Opfers seine Ermordung wahrscheinlich zurückzuführen ist. Kommt mehr als nur ein Hintergrund in Frage, so wurden hier mehrere Angaben gemacht. Da in keinem der aufgelisteten Fälle bislang eine Verurteilung bekannt ist, sind diese Angaben zum Motiv des Täters nicht immer zweifelsfrei nachvollziehbar. Basierend auf den Anschuldigungen in unseren Quellen haben wir außerdem den Hintergrund der mutmaßlichen Täter angegeben. Auch diese Angaben lassen sich wegen der mangelnden Verurteilungen nicht unabhängig überprüfen.

⁵⁵ Office of the High Commissioner for Human Rights, Fact Sheet No. 29: Human Rights Defenders, 2004, www.ohchr.org/Documents/Publications/FactSheet29en.pdf

Aktionsbündnis Menschenrechte –
Philippinen (amp)
c/o philippinenbüro e.V.
Hohenzollernring 52 · 50672 Köln
info@amp.ngo · www.amp.ngo

ISBN 978-3-933341-70-1

amp aktionsbündnis
mensenrechte
philippinen



Brot
für die Welt



MISEREOR
IHR HILFSWERK

missio
glauben.leben.geben.

